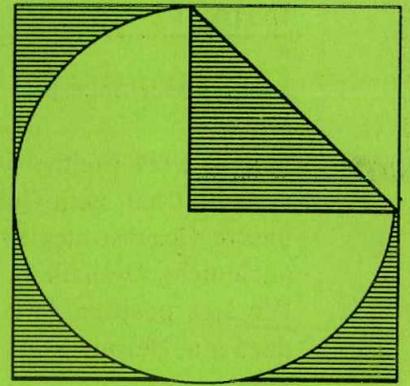


# LAG

1/96

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



## Gemeinsam gegen Sozialabbau

---

## INHALT

---

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits 1994 titelten wir „Gemeinsam gegen Sozialabbau“. Und auch wenn sich seither einiges verändert hat, zum Guten sicher nicht. Immer noch wird eine Anti-Armen-Politik betrieben. Und unsere Gegenstrategien haben bisher wenig ausgerichtet. Tatenlos zusehen können wir allerdings auch nicht. Deshalb auch 1996 wieder „Gemeinsam gegen Sozialabbau“.

Wo sich positive Ansätze noch ganz gut umsetzen lassen, ist die örtliche und regionale Ebene, dazu u.a. Beispiele aus Idstein und der Wetterau. Dies sollte uns Mut machen und Wege weisen.

Christina Hey

### INHALT

#### DER VEREIN

Neues aus dem Verein .....	3
Neues aus der Geschäftsstelle .....	6
Der neue Geschäftsführer stellt sich vor .....	8

#### AUS SIEDLUNGEN UND PROJEKTEN

Jubiläen und Einweihungen.....	10
Ein neues Projekt stellt sich vor: der Schwalbengraben in Wetzlar .....	12
Neue Ansätze in der Arbeit vor Ort: das S.K.A.T. - Projekt .....	14
Was lange währt, wird endlich gut: das "Haus der Begegnung" in Idstein .....	15
Frauen aus dem Schelmengraben zu Gast in Paris.....	17

#### SCHWERPUNKTTHEMA: GEMEINSAM GEGEN SOZIALABBAU

Der Sozialabbau im Überblick .....	18
Der unbarmherzige Verteilungskampf zu den Ursachen der leeren Kassen .....	20
Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen .....	26
Die LAG war mit in Bonn.....	29
Resolution der Mitgliederversammlung in Idstein .....	31

#### ARBEITSBEREICHE DER LAG

Neues aus den Arbeitsbereichen der LAG.....	32
Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ .....	40

RECHT .....	42
-------------	----

DIES & DAS .....	43
------------------	----

Zum Herausnehmen: VERANSTALTUNGSKALENDER 1996 .....	22
-----------------------------------------------------	----

#### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V.,  
Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/Main  
Telefon 069/25 00 38, Telefax 069/23 55 84

**Redaktion:** Christina Hey, Christoph Kummer, Simone Iser

**Druck:** Top-Offset, Frankfurt

**Auflage:** 800 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

## NEUES AUS DEM VEREIN

Die Auftaktveranstaltung in 1995 war die außerordentliche Mitgliederversammlung am 28. Januar 1995 in Marburg. Die Veranstaltung kurz vor der Wahl zum Hessischen Landtag setzte Akzente für ein umfassendes Programm, das nach den Wahlen als LAG-Forderungskatalog an die Hessische Landesregierung und die Fraktionen im Hessischen Landtag übermittelt wurde. Diese **"Hessische Gemeinschaftsinitiative zur Bekämpfung von Armut und zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe"** enthält Forderungen zu drei wichtigen Bereichen:

1. Programm zur Aktivierung und Entwicklung von Wohngebieten mit besonderen Problemlagen
2. Sofortprogramm zur Überwindung von Obdachlosigkeit und Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen
3. Offensive zu Schaffung von wirtschaftlicher Teilhabe - Programm gegen Armut und Ausgrenzung

Die LAG, nur wenige Monate zuvor im Oktober 1994 auf ein 20-jähriges Bestehen zurückblickend, hat mit diesen Forderungen neue Pflöcke zur Orientierung der weiteren Arbeit eingeschlagen.

Die Reaktion darauf war wohlwollend und freundlich. Der Ministerpräsident des Landes, die betroffenen Ministerien und die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU erklärten, mit unterschiedlichen Absichten, ihre Zustimmung zu einer solchen Initiative, jedoch mit der

Einschränkung, daß hierfür zunächst keine zusätzlichen finanziellen Mittel des Landes zur Verfügung stehen würden. Die Forderungen waren zwar als richtig erkannt, die Haushaltssituation und die Setzung der Schwerpunkte läßt eine Umsetzung des Programms jedoch nicht zu. Statt mehr Unterstützung zur Bekämpfung von Armut und zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe der betroffenen Bevölkerung begann die Debatte um die **Haushaltssperre** und den sich daraus ergebenden **Kürzungen** bzw. Konsequenzen in der sozialen Arbeit bzw. Sozialpolitik. Die nachfolgenden Monate standen unter der Leitlinie des Abwehrkampfes. Dieser wurde mit vielfältigen Aktivitäten sowohl auf Landesebene als auch auf der Bundesebene durchgeführt. Trotzdem wurden die Projekte und die Geschäftsstelle der LAG Soziale Brennpunkte, einige mehr, andere weniger, durch die lange Hinhalte-Politik und durch Kürzungen der Zuwendungen in ihrer Arbeit spürbar getroffen. Es war kein Trost, daß es andere Institutionen und Gruppen zum Teil noch härter getroffen hat, aber es kann dennoch als Zeichen gesehen werden, daß unsere



Bernhard Horch zum Dank für die Arbeit im Vorstand (Foto: Monika Grötzing)

Tätigkeit nicht nur als positiv, sondern darüber hinaus als dringend notwendig in den verantwortlichen Ministerien eingeschätzt wird. Dies läßt uns auch für die Zukunft hoffen.

Die Sozialen Brennpunkte sind nicht der einzige Ort, wo es Armut gibt. Die Fehlentwicklung der Gesellschaftspolitik produziert tagtäglich nicht nur mehr arme Menschen, sondern vergrößert auch bei vielen Einzelnen den Umfang der existentiellen Not. Dies birgt Gefahren. Wichtige Projekte im sozialen Bereich konkurrieren durch den finanziellen Druck verstärkt untereinander, um an die immer mehr versiegenden Quellen der finanziellen Unterstützung zu gelangen. Auch innerhalb der Projekte wirkt sich dieser Druck negativ aus. Ängste um die Absicherung der Arbeit bzw. erreichten Erfolge führen nicht selten zu Spannungen, mitunter leider auch zu resignativen Tendenzen. Angesichts dieser bedrohlichen Situation wurden in 1995 zwei zusätzliche Zusammenkünfte der Projekte organisiert, um gemeinsam Informationen auszutauschen, über neue Wege zu beraten und Maßnahmen zur Absicherung bzw. Veränderung der Arbeit zu erörtern. Es kamen zwar viele zu diesen Versammlungen, jedoch muß durchaus kritisch bemerkt werden, daß in Anbetracht der bedrohlichen Lage eine noch aktivere Beteiligung wünschenswert gewesen wäre. Vielleicht auch ein Hinweis darauf, daß im Verein insgesamt über die zur Zeit überlagernde Frage der finanziellen Absicherung der Arbeit hinaus verstärkt Bemühungen anlaufen müssen, die Kraft und das einheitliche Handeln zu stärken und die mittel- und langfristigen Ziele zu konkretisieren.

In den Beratungen der Geschäftsstelle und des Vorstandes über die Arbeitsschwerpunkte im Jahr 1996 wurde deshalb als wesentliche Aufgabe für die nächsten Monate ein "Projekt-Dialog" initiiert. Die Mitgliederversammlung am 18. November 1995 unterstrich die Notwendigkeit dieses Vorhabens. Es wurde ein mehrstufiges

Vorgehen besprochen, das im wesentlichen folgende Elemente enthält:

- Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Projekte, des Vorstandes und der Geschäftsstelle, wird als Begleit- und Steuerungsgruppe gebildet, um die verschiedenen Aspekte der Anforderungen im Verein und an den Verein in der für dieses Thema notwendigen Breite einzubeziehen. Insbesondere soll beraten und festgelegt werden, was konkret der Dialog zum Gegenstand haben und wie dieser Dialogprozeß durchgeführt werden kann.
- Auf der Mitgliederversammlung am 24. Februar 1996 sollen dann die ersten Zwischenergebnisse den Mitgliedern dargelegt und gemeinsam besprochen werden.
- Im nächsten Schritt soll im Rahmen der Wochenendveranstaltung vom 22.-24. März 1996 im Burckhardthaus ein Workshop durchgeführt werden, um weitere Konkretisierungen und Feinplanungen vorzunehmen.
- In der Bewohnertagung vom 15.-17. Mai 1996 werden dann die Ergebnisse der Gespräche mit BewohnerInnen vor Ort besprochen. Die Mitgliederversammlung im Herbst bildet einen (vorläufigen?) Abschluß im Dialogprozeß.

Die Erwartungen können natürlich zum derzeitigen Zeitpunkt nur allgemein beschrieben werden, da der Prozeß als solches die Erwartungen und Ziele mitbestimmen soll. Die Leitlinie dabei ist jedoch, in Erfahrung zu bringen, ob/welche neue(n) Anforderungen an die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. existieren, wie wir uns mit diesen Aufgaben den neuen Herausforderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung stellen können, und wie wir die Prioritäten für kurz-, mittel- und langfristige Strategien benennen und miteinander verbinden können. Mit anderen Worten: Nach welchen alten und neuen Leitbildern rich-

ten wir uns zukünftig aus? Und wie gehen wir das an?

Die LAG war im Jahr 1995 auch ein vielgefragter Partner bzw. Teilnehmer bei öffentlichen Auseinandersetzungen zu Fragen der Armutsentwicklung im allgemeinen und zu Problemen in Sozialen Brennpunkte im besonderen gewesen. Die Einbeziehungen in das "Stadtgespräch des Hessischen



Der neue Vorstand. Es fehlt auf dem Foto Steffi Paul

Rundfunks" in Offenbach, die vielen Veranstaltungen und Streitgespräche in hessischen Städten und Kommunen dienten dazu, unsere Position zu verdeutlichen und auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Ein wichtiger Höhepunkt im Vereinsleben ist alljährlich die BewohnerInnentagung (Jahrestagung), die 1995 vom 24.- 26. Mai in Oberreifenberg stattfand. Unter dem Stichwort "Initiative bringt's" bereiteten die BewohnerInnen aus den Sozialen Brennpunkten Veranstaltungen und Initiativen vor. Gleichzeitig wurde die Jahrestagung genutzt, um auf die schwierige Finanzierungssituation der Arbeit in den Sozialen Brennpunkten aufmerksam zu machen. "Es kann doch nicht

angehen, daß bei den Ärmsten der Armen gespart wird" war der einhellige Tenor der Anwesenden.

Das Jahr 1995 war aber auch durch die Wahl-MV am 18. November gekennzeichnet. Der Dank gilt den Vorstandskolleginnen und -kollegen, die zum Teil in langjähriger Arbeit sich nicht entmutigen ließen und für eine weitere Periode zur Verfügung stehen. Er gilt denen, die sich in diesen schwierigen Zeiten das erste Mal für eine Vorstandstätigkeit entschieden haben und damit zusätzliche Belastungen in Kauf nehmen, und selbstverständlich auch den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre Bereitschaft und das Engagement in der Vergangenheit. Ausgeschieden aus dem alten Vorstand sind Angelika Happich, Gisela Zwigart-Hayer und unser langjähriger Kassenwart Bernhard Horch. Bernhard Horch wird durch seine Arbeit als Vorstandsmitglied der "Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen" auch weiterhin oft in der Geschäftsstelle der LAG zu finden sein.

Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus: Hartmut Fritz, 1. Vorsitzender (Wiederwahl), Heidemarie Koradin, 2. Vorsitzende (Wiederwahl), Stefanie Paul, Schatzmeisterin (bisher Beisitzerin). Als BeisitzerInnen wurden gewählt: Monika Grötzinger (Wiederwahl) und als neue Vorstandsmitglieder dürfen wir gleichzeitig recht herzlich begrüßen: Marlies Engel und Elsche Strauß-Wiltz.

Mit dem neuen Vorstand sind wir zuversichtlich, die auf uns zukommenden Probleme und Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können.

Nikolaus Müller

## NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

Inhaltlich war das Jahr 1995 sehr stark geprägt von den Ängsten und Auseinandersetzungen um die Finanzierung unserer Arbeit. War Anfang des Jahres der Optimismus noch sehr groß, so kam doch recht schnell die Ernüchterung. Was würde bleiben von der unmittelbar nach der Wahl durch den hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel angekündigten Politik, die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zu verhindern und dafür Sorge zu tragen, daß nicht ganze Gruppen ihr Vertrauen in Politik und Staat verlieren?

Trotz dieser überlagernden Auseinandersetzung um die Finanzierung der Arbeit haben die einzelnen Referate bzw. Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der finanziellen Machbarkeit auch in 1995 vielfältige Aktivitäten entwickelt, die an anderer Stelle ausführlich beschrieben sind.

Auch personelle Veränderungen in der Geschäftsstelle der LAG lassen zwar kein neues, aber zumindestens ein leicht geändertes Gesicht erkennen.

Der frühere Geschäftsführer **Lothar Stock** hat sich am 31. Juli 1994 bei uns verabschiedet, um eine Dozentenstelle in der Fachhochschule Merseburg anzunehmen. Es braucht nicht viel über ihn gesagt werden, er ist den Lesern bekannt und hat durch seine harte und intensive Arbeit das Gesicht der Geschäftsstelle maßgeblich mitgeprägt. Im übrigen sehen wir ihn in regelmäßigen Abständen auf Tagungen, Aktionsbesprechungen und Demonstrationen. Der gute Kontakt blieb bestehen und er hat uns auch noch nach seinem Weggang weiterhin zur Verfügung gestanden. Im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von **Lothar Stock** wurde bis zur Einstellung des neuen Geschäftsführers, **Nikolaus Müller**, die Geschäftsstelle durch ein Team unter Federführung von **Reinhard Thies** und unter Mit-

arbeit von **Christina Hey** und **Jürgen Maier** geleitet. Auch ihnen gehört ein besonderer Dank ausgesprochen, haben sie doch diese Tätigkeit zusätzlich zu den anfallenden Referatsaufgaben mit viel Elan durchgeführt und geordnet an den neuen Geschäftsführer übergeben.

Zum Anfang des Jahres 1995 wurde **Antje Wessling** als Nachfolgerin von **Monika Lorenz** im Verwaltungsbereich eingestellt. Mit **Simone Iser** und **Antje Wessling** wurde die Verwaltungsstruktur neu gegliedert und gestrafft. Diese Umorganisation im Verwaltungsbereich hat sich, einmal durch die engagierte Arbeit und zum anderen durch die Beendigung der zum Teil kurzfristigen Aushilfsverhältnisse, positiv auf die Geschäftsstellenabläufe ausgewirkt.

Am 01. Februar 1995 kam als neuer Mitarbeiter **Jochen Partsch** in Vertretung für die in Erziehungsurlaub befindliche **Anette Dittrich** in das Referat Existenzsicherungsberatung. Sein Schwerpunkt liegt in der Beratung von hessischen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten (betriebswirtschaftliche Beratung). Der Beratungsbedarf ist hoch, wir haben die Hoffnung, daß er über die Zeit des Erziehungsurlaubes von **Anette Dittrich** hinaus Möglichkeiten haben wird, in der Geschäftsstelle weiterzuarbeiten.

Am 20. März 1995 hat **Nikolaus Müller** seine Tätigkeit als neuer Geschäftsführer in der LAG aufgenommen. Im Rahmen der verschiedenen Aktivitäten dürfte auch er zwischenzeitlich den meisten Lesern persönlich bekannt sein.

Zum 31. März 1995 haben **Matthias Urban** und **Peter Matzke** ihre befristeten Tätigkeiten in der LAG-Geschäftsstelle abgeschlossen. **Matthias Urban** war zur Entlastung in der Zeit der Interims-Geschäftsführung für

den Bereich der Spiel- und Lernstuben zuständig und Peter Matzke betreute das LAG-Projekt "Büro für Mietermitbestimmung Gießen". Auch ihnen soll an dieser Stelle für die gute und aktive Mitarbeit noch einmal herzlich gedankt werden.

Eine weitere Veränderung in der Geschäftsstelle vollzog sich zum 30. September 1995.

**Ellen Zientek** beendete ihr langjähriges Arbeitsverhältnis in der Buchhaltung, um sich beruflich neuen Aufgaben zu widmen.

**Elke Maywald** hat durch eine zeitweise Erhöhung ihres Stellenanteiles dafür gesorgt, daß bis zur Neueinstellung einer Kollegin bzw. eines Kollegen keine Engpässe entstehen. Ellen Zientek steht uns bis heute noch für einzelne

Tätigkeiten zur Verfügung. Auch hier soll der Dank, der bereits auf der Mitgliederversammlung im November persönlich durch den 1. Vorsitzenden Hartmut Fritz ausgesprochen wurde, noch einmal wiederholt werden.

**Christoph Kummer**, betraut mit der Bearbeitung des Wetterauprojektes und mit Teilbereichen des Frankfurter Armutsberichtes, konnte durch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten bis zum heutigen Zeitpunkt weiterbeschäftigt werden. Wir haben die Hoffnung, daß es gelingt in Ergänzung des Wetterauprojektes die Arbeit in diesem Feld zu intensivieren und Christoph Kummer eine längerfristige Perspektive in der LAG zu bieten.

Das Auf und Ab mit der Finanzierung des Rockmobil Kassel setzte sich auch 1995 fort.

Nachdem die Stadt Kassel die Ergänzungsfinanzierung zum Ende 1994 einstellte, fürchteten wir die Einstellung des Projektes in 1995. Durch Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Ressourcen für neue Tätigkeitsfelder und durch Veränderung des Stellenum-



Ellen Zientek wird von Hartmut Fritz verabschiedet (Foto: Jürgen Maier)

fangs von **Peter Adler** und **Uwe Schmidt** von bisher einer vollen und einer halben Stelle auf zukünftig zwei halbe Stellen konnte zum Jahresende jedoch die Weiterarbeit für das Jahr 1996 zunächst gesichert werden.

Der Ausblick auf das Jahr 1996 ist bedauerlicherweise auch durch die Fortführung der Haushaltsrestriktionen des Landes Hessens gekennzeichnet und wird sicherlich viel Kraft erfordern, um größeres Unheil abzuwehren. Mit der derzeitigen Besetzung der Geschäftsstelle und mit den vereinten Kräften des Vereins und der nahestehenden Projekte und Institutionen hoffen wir aber ebenfalls auf ein erfolgreiches Jahr 1996.

Nikolaus Müller

**DER NEUE GESCHÄFTSFÜHRER STELLT SICH VOR**

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerne möchte ich die Möglichkeit wahrnehmen, mich als neuer Geschäftsführer der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. in dieser Zeitung vorzustellen.

Wenn ich meinen beruflichen Werdegang in Etappen einteilen würde, wäre die Tätigkeit als Geschäftsführer in der LAG Soziale Brennpunkte meine vierte Etappe, Zeiten des Studiums an der "Hochschule für Wirtschaft und Politik" in Hamburg und an der Universität Hamburg nicht einbezogen.

zelgewerkschaft und des DGB konnte ich ein gerüttelt Maß an Erfahrungen sammeln, wo in dieser Gesellschaft Systemfehler auftreten. Durch die konzeptionelle Entwicklung von Jugendbildungsleitfäden und gewerkschaftlicher Referententätigkeit auf verschiedenen Ebenen haben diese praktischen Erfahrungen eine theoretische Anreicherung erfahren. Dazu gehörte auch die Einsicht, daß es notwendig ist, die Sicht- und Aktionsweise zu verbreitern. Meine Einbindung in die verbandliche Vorstands-



Nikolaus Müller in Aktion (Foto: Monika Grötzingler)

In der ersten Etappe habe ich zusammen mit der 3 ½ - jährigen Berufsausbildung insgesamt fast 10 Jahre in einem chemischen Großbetrieb gearbeitet. Hier liegen auch die Wurzeln meines gesellschaftspolitischen Engagements mit der Einbindung als betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessensvertreter. Über die Erfahrungen als Vorsitzender der Jugendvertretung, der Tarifkommission der IG Chemie, der Mitarbeit in verschiedenen Gremien der Ein-

arbeit des "Landesjugendring Rheinland-Pfalz", sowie die Mitbegründung des ersten bundesweiten "Koordinationszentrums für Jugendzentren" und die Tätigkeit in den internationalen Solidaritätsbewegungen waren Folge dieses Erkenntnisprozesses.

Die zweite Etappe meines beruflichen Weges begann nach meinem o. g. Studium mit der Tätigkeit als Betriebsberater mit Schwerpunkt im genossenschaftlichen Be-

reich. Standortgutachten und Beratungen bei Investitionsentscheidungen, insbesondere im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich, bildeten den Schwerpunkt dieser Tätigkeit. Diese 5-jährigen Erfahrungen kommen mir auch heute in der Arbeit in der LAG Soziale Brennpunkte zugute.

Anknüpfend an mein ehrenamtliches Engagement in der Solidaritätsbewegung mit der sog. "Dritten Welt" habe ich die Stelle als Betriebsberater aufgegeben, um für insgesamt weitere 5 Jahre als Entwicklungshelfer im Ausland zu arbeiten, zunächst zwei Jahre mit den "Vereinten Nationen" im Bereich der Außenhandelsförderung für das asiatische Land Bhutan, anschließend mit dem "Deutschen Entwicklungsdienst" zur finanziellen Absicherung des einzigen nichtstaatlichen Ökologieinstituts in Papua Neuguinea. Diese berufliche Orientierung im Rahmen der dritten Etappe schloß ab mit der Tätigkeit als stellvertretender Geschäftsführer beim internationalen Kinderhilfswerk "Terre des hommes".

Das neue Aufgabengebiet in der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. bildet den vorläufigen Schlußpunkt meiner beruflichen Orientierung. Allerdings ist mir das Arbeitsfeld so ganz neu nicht. Bereits in Hamburg konnte ich an einem der alten klassischen und großen Sozialen Brennpunkte, dem "Osdorfer Born", einige Jahre in der Vorstandsarbeit der "Interessensgemeinschaft Osdorfer Born" und als Bewohner mitwirken. Die Auseinandersetzungen mit den Ämtern und Behörden bei der geplanten weiteren Verdichtung der Bebauung, Mängel in der Infrastruktur, die Initiierung und Absicherung von Einrichtungen im Freizeit- und Kulturbereich (Abenteuerspielplätze, Haus der Jugend, Straßenfeste etc.) sowie die Vernetzung zu anderen am Vorort tätigen Initiativen (insbesondere der damals sehr aktiven Friedensbewegung) waren wesent-

licher Bestandteil der Arbeit dieser Initiative, die allerdings ohne Projektförderung und hauptamtliche Mitarbeiter auskommen mußte.

Hier habe ich also wieder, und das nach rund 15 Jahren, anknüpfen können. Und natürlich hat sich in diesem langen Zeitraum gesellschaftlich viel gewandelt.

Eine neue Erfahrung, die im vergangenen Jahr leider einen breiten Raum einnehmen mußte, war die Auseinandersetzung um die finanzielle Absicherung der Arbeit in den Sozialen Brennpunkten. In Zeiten, die eigentlich dazu dienen sollten, verstärkt Neuansätze zu entwickeln und voranzutreiben, war die Diskussion sehr stark geprägt von den beängstigenden finanziellen Perspektiven. Dies ist natürlich gleichzeitig auch eine Herausforderung. Eine Herausforderung deshalb, weil es so unendlich viel falsche Argumente für die Verteilung der finanziellen Ressourcen gibt und der Blick für die Ursachen auch bei uns nahestehenden Menschen getrübt zu sein scheint. Gegen diesen verhängnisvollen "Zeitgeist" eine Gegenwehr mit aufzubauen, sehe ich als eine der dringendsten gegenwärtigen Aufgaben an. Momentan findet in unserer Gesellschaft ein erbarmungsloser Kampf der Reichen gegen die Armen statt, nicht ein Kampf um knapper werdende finanzielle Ressourcen. Der zur Zeit stattfindende Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft kann nur abgewehrt werden, wenn die Ursachen deutlich aufgezeigt werden und das gegenseitige Auspielen zugunsten einer verstärkten Solidarität umorientiert wird. Wir können, wenn wir wollen, auf diesem Weg gemeinsame Erfolge erringen.

Mit freundlichen Grüßen



Nikolaus Müller

## JUBILÄEN UND EINWEIHUNGEN

Im Juni letzten Jahres blickten die **Projektgruppe Leimenkauter Weg in Gießen** (kurz gesagt die "Gummiinsel") und die zahlreichen Nachbarn des Wohngebietes auf eine gelungene 25-jährige Zusammenarbeit zurück.

Was sich alles im Laufe der (Ehe-)Jahre bis zur Silberhochzeit getan und verändert hat, konnte im Rahmen einer Bilderausstel-

der Umzug der Projektgruppe ins neue Gemeinschaftszentrum wurde noch mal mit all seinen Möglich- und Unmöglichkeiten unter die Lupe genommen; ganz drastisch deutlich wurde beim Vergleich die Tatsache, daß die Insel keine Insel mehr ist, sondern wichtiges Zentrum eines boomenden Stadtteils. In diesem Zusammenhang "Stadtteil" fand am Ende der Festwoche ein quirliges Stadtteilstadtteilfest statt, an dem viele

### Rodgaustraße

- Lied der Männergruppe zum 20-jährigen Jubiläum -  
(Melodie nach dem Lied von Michael Holm „Mendecino“)

Rodgaustraße, Rodgaustraße,  
wir fühlen uns sehr wohl in der Rodgaustraße,  
an jeder Tür klopfen wir an  
und jeder kennt uns in der Rodgaustraße.  
Wir sehen die Menschen, wir hören sie lachen,  
doch keinen interessiert, was alle hier machen.  
Die meisten hier wohnen sehr eng und wollen trotzdem nicht weg  
aus der Rodgaustraße.

Rodgaustraße, Rodgaustraße,  
es ist jeden Tag was los in der Rodgaustraße.  
Hier feiern die Leut, wie's ihnen gefällt,  
drum gibt es manchmal Streit in der Rodgaustraße.  
Sie schreien sich an und werden sehr laut,  
aber dann am nächsten Tag ist alles vergessen.  
Aus diesem Grund, wäre es gut,  
hätten wir ein Bürgerhaus in der Rodgaustraße.

Rodgaustraße, Rodgaustraße,  
es gibt verschiedene Gruppen in der Rodgaustraße.  
Die einen machen dies, die anderen das,  
und alle machen was für die Rodgaustraße.  
Da gibt es die Frauen, da gibt es die Männer,  
die Jugend und die Kinder treffen sich miteinander,  
Vieles ist gut, doch nicht gut genug,  
für eine schöne Zukunft in der Rodgaustraße.

lung während der Festwoche begutachtet werden. Die Bildervergleiche regten zum lebhaften Austausch an: die guten alten Zeiten wurden bejubelt; die Sanierung wurde noch mal genau beäugt; persönliche Veränderungen belacht oder auch bedauert;

Initiativen, Institutionen und Vereine aktiv beteiligt waren und zu einem runden, bunten munteren Abschluß beitrugen. Ganz deutlich wurde im Rückblick noch mal die Erfahrung: alle Veränderungen und Verbesserungen konnten nur in dieser Form

über das enge, vertrauensvolle, arbeitsintensive Miteinander (mit allen Höhen und Tiefen) gelingen. Das darüber hinausreichende Zusammenarbeiten mit der LAG, der Stadt, dem Land hat zu einem sinnvollen Zusammentragen einzelner Bausteine beigetragen, so daß ein "gelungenes Gebäude" (GWA, Sanierung, Gemeinschaftszentrum, persönliche Entwicklungen) entstanden ist, das keinen "Abrißarbeiten" zum Opfer fallen darf.

Die **Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Rodgaustraße Darmstadt**, unter Trägerschaft des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes Darmstadt, feierte am 2. September ihr 20-jähriges Bestehen.

Trotz dieser langen Zeit steht die eigentliche Sanierung der Rodgaustraße immer noch an.

Der Sozialdezernent der Stadt Darmstadt stellte bei seiner Festrede allerdings den Baubeginn einer Reihenhauszeile für Anfang 1996 in Aussicht. Für das geplante Gemeinschaftshaus sollen in diesem Jahr noch 40.000 DM Planungsmittel verausgabt werden. Ein Konzept für ein Beschäftigungsprojekt im Rahmen der Sanierung wurde von der Arbeitsgruppe vorgelegt. Somit könnte für die Rodgaustraße der Einstieg in die Sanierung doch noch Realität werden.

Das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner für ihr Wohngebiet wurde durch zahlreiche Auftritte von Kindern, Jugendlichen, Frauen- und Männergruppe während des Festes dokumentiert.

Die Existenz der Arbeitsgruppe ist durch die bevorstehenden Veränderungen im Wohngebiet auch weiterhin notwendig, dies bestätigten auch alle Festrednerinnen und -redner. Allerdings wird durch die Situation in Darmstadt deutlich, daß 20 Jahre Gemeinwesenarbeit und die Aktivitäten der

BewohnerInnen nicht ausreichen, um grundlegende Verbesserungen der Wohnsituation zu erwirken, solange die zuständige Kommune kein wirkliches Interesse an einer Veränderung zeigt.

Für zwei Projekte war 1995 die Zeit der „Notunterkünfte“ wieder einmal vorbei.

In **Gießen** übergab Bürgermeister Schüler der **Initiativgruppe Eulenkopf** den Schlüssel für das neue Gemeinschaftszentrum. Das alte Zentrum war 1993 durch einen Brand zerstört worden. Nach zweijähriger Bauzeit konnte die Arbeit in bedeutend besseren Räumen fortgeführt werden. Die Außenanlagen wurden im Rahmen eines Projektes in Zusammenarbeit mit dem Marburger Verein für bewegungs- und sportorientierte Jugendsozialarbeit e.V. (bsj) gestaltet. Selbstverständlich wurde die Eröffnung entsprechend gefeiert: mit Kinderfest, Live-Musik und einem Open-Air-Kino.

In **Marburg** fand die „unendliche Sanierungsgeschichte“ des **Gemeinschaftszentrums am unteren Richtsberg** nach 3 Jahren endlich ein Ende. Nachdem alarmierende Mengen von gesundheitsgefährdenden Schadstoffen in Decken und Wänden des Zentrums festgestellt worden waren, dauerte es immer noch, bis die Stadt dann endlich die Sanierung des Gebäudes in Angriff nahm. Wenig Erfahrung mit solcher Art der Sanierung zog die Maßnahmen dann noch einmal in die Länge. Um so befreiter waren alle, als mit der Eröffnung der sanierten Räume wieder eine vernünftige räumliche Basis für die Arbeit gegeben war. In seiner Rede bei dem kleinen Eröffnungsempfang betonte Bürgermeister Pätzold, daß die Arbeit der Gemeinwesenprojekte in Marburg wieder zunehmend an Bedeutung gewinne. Die Stadt wolle hier in Zukunft „stärker einsteigen“.

### EIN NEUES PROJEKT STELLT SICH VOR: DER SCHWALBENGRABEN IN WETZLAR

Das Sanierungsgebiet liegt im Stadtteil Dalheim, einer Wohnstadt mit einem Anteil von freistehenden Eigenheimen auf der einen Seite und einem zahlenmäßig überwiegenden Anteil von Genossenschaftshäusern auf der anderen Seite. Ein alter, gewachsener Ortskern ist nicht vorhanden. Nahe einer geschlossenen, heute nicht mehr sichtbaren Müllkippe am Rande der Bebauung, landschaftlich recht schön gelegen, erscheint das in den 60-iger Jahren als Einfachst- und Schlichtbau errichtete städtische Obdach auch für Ortsfremde als auffälliger Schandfleck. Die typischen Bausünden seiner Entstehung, die auch im inzwischen überholten Konzept begründet sind, finden sich fast selbstverständlich hier wieder, wie sie aus den vergleichbaren Häusern anderer Städte bekannt sind. Genannt seien hier nur einige markante Stichworte:

- Kleine, ungünstige Wohnungszuschnitte
- Fehlende Isolierung an Wänden, Decken und Fenstern
- Unzeitgemäße Festbrandheizungen

- Fehlende Bäder/ Duschen/ Warmwasserversorgung
- Schimmelbildung mit den daraus resultierenden gesundheitlichen Problemen
- Kalte und kahle Treppenhäuser und Laubengänge, die inzwischen durch Vandalismus verwahrlost sind
- Offene Kellerräume, die Verschmutzung und weiteren Vandalismus nach sich ziehen
- Soziale und persönliche Probleme wie Alkoholismus, Arbeitslosigkeit, Schulden, Erziehungsprobleme, Isolation, Resignation.

#### Entstehung des Sanierungsprojektes

Auf Initiative engagierter Personen bemühte sich die Stadt Wetzlar um die Fördergelder aus Wiesbaden, damit so der erkannte Mißstand beseitigt werden kann. So fanden 1994 erste Kontakte mit der LAG, mit dem Sozialministerium und mit dem Caritas-Verband statt. Im April 1995 erging schließlich der Bewilligungsbescheid



für den ersten Bauabschnitt in Wetzlar. Bis zum Sommer 1997 sollen dann 31 sanierte Sozialwohnungen zur Verfügung stehen, die ersten schon im Sommer 1996. Dann können 9 Wohnparteien innerhalb des Hauses umziehen, und das zweite Drittel wird saniert.

### **Die soziale Betreuung**

Mit der vom Land Hessen geforderten sozialen Betreuung während der Sanierungszeit wurde der Caritas-Verband Wetzlar beauftragt.

Seit Dezember 1994 habe ich damit begonnen, die Interessen der Bewohner/innen im Schwalbengraben wahrzunehmen und nach Kräften zu unterstützen. Als Beratungsbüro dient der im Sanierungsblock befindliche Sozialraum, in dem schon mehrere Jahre lang eine Spielstube und eine wöchentliche Sprechzeit des ASD abgehalten wird. Nach der ersten Kontaktaufnahme mit den Bewohner/innen mit Informationen über die bevorstehenden Veränderungen folgten zwei Fahrten zu den benachbarten Sanierungsprojekten in Gießen (Margaretenhütte und Leimenkauterweg).

In mehreren Versammlungen mit und ohne lokale Politprominenz wurden die konkreten Sanierungspläne von den eifrigen Bewohner/innen diskutiert und Änderungsvorschläge eingearbeitet. Die Skepsis über die Ernsthaftigkeit der geplanten Veränderungen konnte erst endgültig ausgeräumt werden, als schließlich im August die ersten Baufahrzeuge anrückten und auch sehr zügig mit dem Umbau der ersten neun Wohnungen begonnen wurde. Zuvor waren diese Wohnungen entmietet worden, indem Ersatzwohnungen in den benachbarten Aufgängen des gleichen Blocks gefunden waren. So sollen die drei Teile des Hauses nach und nach saniert werden.

### **Ausblick und bevorstehende Aufgaben**

- Da bisher nur ein einziger Bewohner über eine ABM in die Sanierungsarbeiten einbezogen werden konnte, bleibt zu prüfen, ob nicht weitere Interessenten

gefunden bzw. vermittelt werden können. Dabei sind Hürden für die Betroffenen zu bewältigen. Betreuung und Hilfestellungen für Interessierte bedürfen hier der konzertierten Sozialarbeit aller beteiligten Dienste und der Beschäftigungsträger.

- Die Themen Mietverträge, Festlegung der neuen Mieten und Umgang mit alten Mietschulden sind noch nicht geklärt. Die derzeitigen Kaltmieten liegen zwischen 3,67 DM und 5,15 DM ohne Nebenkosten (Betriebskosten, Wasser).
- Das städtische Konzept „zur Vermeidung und Beseitigung von Obdachlosigkeit“ liegt noch nicht vor. Wünschenswert aus meiner Sicht wäre die Einrichtung einer „Fachstelle Wohnen“, wie sie bereits in anderen Kommunen existiert. Das System zur Verhinderung von Wohnungsnotfällen durch Räumungen funktioniert nun ausreichend.
- Die Entwicklung einer hauseigenen Streitkultur, der Umgang mit hausinternen Konflikten ist eine Aufgabe für die Bewohner/innen. Obwohl heute nur noch wenige Kinder und Jugendliche im Haus wohnen, kommt es immer wieder zu Streitigkeiten zwischen den Familien mit Kindern und den älteren Bewohnern.
- Weitere Unterstützung der BewohnerInnen, die eigenen Anliegen zu verfolgen.
- Die Beteiligung der BewohnerInnen an der Vergabe der sanierten Wohnungen muß organisiert und durchgesetzt werden.
- Das Bestehen des sozialen Betreuungsbüros über den Sanierungszeitraum hinaus ist nicht gesichert. Eine auf den gesamten Stadtteil bezogene Lösung wird zur Zeit erarbeitet. Dafür wird geprüft, ob im Stadtteil vorhandene Räume genutzt werden können oder ob zu diesem Zweck ein neues Gebäude errichtet werden sollte.

Jens Möglich

## NEUE ANSÄTZE IN DER ARBEIT VOR ORT: DAS S.K.A.T.-PROJEKT

Wir sind eine Projektgruppe der FH Wiesbaden, Fachbereich Sozialwesen, die im März 1995 eine Initiative zugunsten älterer Menschen und Kindern ins Leben gerufen hat. Wir gaben dem Projekt den Namen S.K.A.T. (Sozialer Kinder- & Altentreff). Nach langem Suchen fanden wir in der Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt Preßberger Straße Wiesbaden einen Träger für unser Anliegen. Wir bekamen von der AG Sozialer Brennpunkt eine 2-Zimmer Wohnung gestellt, in der wir seither tätig sind. Wir finanzieren uns durch Spenden und einen kleinen Beitrag der Eltern von sechs DM pro Kind und Woche.

### Die Idee:

Unsere Idee war es, mit Kindern und alten Menschen ein Projekt zu gestalten, in dem Kinder den Zugang zur Lebenswelt der älteren Generation bekommen und darüber zu einer differenzierten Betrachtung dieser Welt gelangen sollten. Die Projektgruppe wollte ältere Menschen motivieren, ihre gesammelten Lebenserfahrungen in theoretischer und praktischer Form einzubringen. Da die Familienstrukturen in der heutigen Zeit zerbrechen, findet innerhalb der Gesellschaft eine Entfremdung und Entsolidarisierung statt. Die Projektgruppe wollte anhand dieses Modellprojekts eine der Zeit gemäße "Großfamilie" verwirklichen. Unser Ziel war und ist es, durch die Öffnung des Brennpunktes nach außen die Isolation des Viertels zu mildern.

Das Projekt sollte vormittags von 8.30 bis 13.00 Uhr stattfinden. Es sollte sich an Kinder richten, deren Betreuung nicht sichergestellt ist oder für die Betreuungsbedarf besteht. Die Kinder sowie die älteren Menschen sollten vorwiegend aus dem

Gebiet des Sozialen Brennpunktes kommen. Unser Ziel war, durch Spiele und Workshops ein stabiles Beziehungsnetz zwischen den beiden Gruppen herzustellen. Wir wollten dabei den Part des Ansprechpartners und des Mittlers übernehmen.

### Die praktische Umsetzung:

Wir hatten von Anfang an eine Gruppe mit 5-6 Kindern aufbauen können. Die Größe der Gruppe blieb bis heute stabil. Auch mit den alten Menschen kamen wir schnell in Kontakt. Wir übernahmen die 14-tägig stattfindende Altengruppe eines Sozialarbeiters des Viertels, der ein Jahr beurlaubt ist. Mit unserer ursprünglichen Idee, eine Vernetzung von Kindern und alten Menschen zu schaffen, sind wir gescheitert. Es gestaltete sich als sehr schwierig, eine engere Bindung der alten Menschen mit den Kindern zu erreichen. Trotz etlicher Bemühungen wie z. B. Einladungen zu gemeinsamen Ausflügen oder zu gemeinsamen Frühstücken gelang es nicht, die Seniorengruppe für unsere Idee zu aktivieren.

Die Gründe dafür mögen vielfältig sein:

- Das Gemeinwesen im Viertel funktioniert bereits gut und es besteht kein Bedarf.
- Die Senioren haben bereits viele Kinder großgezogen und sind dessen müde.
- Ein enges Beziehungsgeflecht ist vorhanden und der Verwandtschaftsgrad im Viertel sehr hoch.
- Wir konnten den Zugang zu den Senioren nicht in der beabsichtigten Weise herstellen, da die Struktur der Seniorengruppe sehr geschlossen ist und wir die Meinungsführer nicht von unserer Idee begeistern konnten.

### Konzeptionelle Änderungen:

Wir waren allerdings weiterhin bemüht, unsere Ursprungsidee zu verwirklichen und die Generationen zusammenzuführen.

Also war die conclusio ratio: Gehen wir doch mit den Kindern zu den alten Menschen hin. Seither besuchen wir einmal wöchentlich ein Altenheim in Wiesbaden-Kohlheck. Die Leiter und Betreuer des Altenheimes waren von unserer Initiative begeistert und unterstützen uns bei der Gestaltung der wöchentlichen Aktionen. Dieses Zusammentreffen von Jung und Alt erwies sich als sehr gelungen, durch den Umgang mit den quirligen und lebendigen Kindern leben die Senioren wieder auf.

### Perspektive:

Da wir das Gespräch zwischen den Generationen damit nur punktuell herstellen können, die Kinder allerdings eine kontinuierliche Betreuung brauchen, planen wir, Mütter des Brennpunktes in das Projekt zu integrieren. Sie sollen in unserem Projekt eine feste Anstellung bekommen, dies geschieht im Rahmen des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe". Das Projekt bleibt fortlaufend bestehen. Im März werden wir das Projekt an die nächste Studentengeneration abgeben.

Die S.K.A.T.-Projekt-Gruppe

## WAS LANGE WÄHRT, WIRD ENDLICH GUT: DAS „HAUS DER BEGEGNUNG“ IN IDSTEIN



Die Stube (Foto: Jürgen Maier)

Am 1. August 1995 sind wir in unser Haus eingezogen und zwei tolle Feste hat das Haus schon erlebt. Viel Zeit war ja nicht zwischen dem 1.8. und dem 19.9.1995, dem Tag, an dem wir die Eröffnung des Hauses mit viel Prominenz feierten, aber es hat alles prima geklappt. In den Wochen zuvor hatten sich die "neuen" und die

"alten" Kinder mit ihren jeweiligen BetreuerInnen, von denen viele ja auch erst zum 1.8. eingestellt worden waren, Gedanken gemacht, was die einzelnen Gruppen denn bei einer solchen Feier zeigen könnten.

Was dabei heraus kam, konnte sich sehen lassen, und diejenigen, die auch vom pädagogischen Geschäft etwas verstehen, haben sich nicht schlecht gewundert. Es wurde gesungen, getanzt und rezipiert, daß es nur so eine Freude war, für die Akteure ebenso wie für die Zuschauer.

Als krönenden Abschluß der Vorführungen haben sogar die älteren Jungen sich überwunden und ihre akrobatischen Tänze gezeigt. Die haben auch einen Namen, aber allem Anschein nach bin ich doch schon zu alt, um ihn zu behalten.

Dazwischen gab es eine ganze Reihe von Reden, die wurden aber in ihrer Länge noch ganz gut verkraftet. Während der ganzen Zeit zog ein Duft von Köstlichkeiten durch das Haus, der so manchem das Wasser im Mund zusammenlaufen ließ. BewohnerInnen vom Weißen Stein und Eltern unserer "neuen" Kinder hatten meisterhaft gebacken und gekocht und damit ein tolles Büfett zusammenbekommen. Als dann gegessen und getrunken werden durfte, konnte man so manches "Ah" und "Oh" hören.

Die Auswärtigen nahmen die Gelegenheit wahr, sich auch das Haus mit allen seinen Räumen zeigen zu lassen. Das Raumkonzept, die bauliche Gestaltung und die Ausstattung ernteten viel Lob. Ja, wir haben es geschafft!

Für diejenigen, die noch nicht so lange in der LAG sind, ein kurzer Rückblick: 1985 haben wir mit unserer Spiel- und Lernstube die Arbeit im Quartier in einer Wohnung in einem Schlichtbau aufgenommen. Als die Gedanken an eine Sanierung der Häuser konkretere Formen annahmen, haben wir parallel das Konzept für unseren Neubau entwickelt. Was sich zwischen den ersten Gedanken daran und dem jetzigen Stand alles ereignete, ist eine abendfüllende Geschichte. Einige von Euch haben sie ja mit

"erlitten". Jetzt haben wir ein "Haus der Begegnung", das dazu dienen soll, daß sich Junge und Alte, MigrantInnen und Deutsche treffen, damit sie Gelegenheit bekommen, miteinander zu leben und voneinander zu lernen.

Die Eröffnungsfeier war, auch durch ihr überwältigendes Presseecho, ein guter Schritt. Das zweite große Fest, das wir in dem Haus gefeiert haben, war das internationale Frauenfest, das organisiert von der Arbeiterwohlfahrt Idstein und von den sozialdemokratischen Frauen in Idstein im Rahmen der "Woche der ausländischen Mitbürger" bei uns stattfand. Dieses Fest war durch die Anzahl der Teilnehmerinnen ein "Härtetest" für das Haus. Aber auch diese Probe hat das Haus glänzend bestanden. Es berechtigt also weiter zu den schönsten Hoffnungen.

Alle, die zur LAG-Mitgliederversammlung nach Idstein kamen, hatten Gelegenheit, sich unser Haus anzusehen. Aber auch diejenigen, die daran nicht teilnehmen konnten, sind herzlich eingeladen, dann, wenn sie der Weg nach Idstein führt, mit uns einen Termin für einen Besuch abzusprechen.

Also, bis bald und gute Reise!

Das Team der "Stube"



Bei der  
Eröffnungsfeier  
(Foto: Die Stube)

## FRAUEN AUS DEM SCHELMENGRABEN ZU GAST IN PARIS

Von der interkulturellen Frauengruppe der Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben war diese Fahrt schon lange geplant und mit Hilfe von Arbeit und Leben Hessen war eine Durchführung im geplanten Sinne möglich geworden. Vorab wurden Kontakte zu verschiedenen Projekten in Vorstädten von Paris aufgenommen. Inhalt der Reise war der Austausch über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Einwanderern in Frankreich und Deutschland.

Die Zeit vom 20. bis 25. September 1995 war gefüllt mit langen Fußmärschen durch Paris, die angrenzenden Vororte und letztendlich mit dem Besuch in der Vorstadt Nanterre. In Nanterre trafen die deutschen Besucherinnen verschiedener Nationalitäten auf Frauen aus dem Verein NAHDA (Herkunftsländer Marokko, Algerien). Nanterre, so wurde uns mitgeteilt, setzt sich aus 7 Stadtteilen zusammen und insgesamt leben dort 100.000 Einwohner. Wir befanden uns in einem davon mit 10.000 Einwohnern.

In diesem Stadtteil lebten viele Einwanderer aus Marokko und Algerien. Der Verein NAHDA hatte sich 1982 gegründet und setzt sich mit den Problemen, die die Familien mit den französischen Institutionen haben, auseinander.

Daneben koordiniert der Verein Treffen zwischen Juden, Christen und Moslems im Stadtteil. Treffen dieser Art gibt es in Frankreich derzeit überall. Seit der verübten Attentate wird der Islam dem Terrorismus oft gleichgesetzt und die religiösen Vertreter dieser 3 Religionen sprechen sich

gemeinsam dagegen aus und arbeiten Probleme gemeinsam auf.

Die Situation der Alleinerziehenden war ein weiterer großer Themenschwerpunkt. Durch Gespräche wurde klar, daß die Sozialhilfepraxis nicht wesentlich zur Deutschen unterscheidet. Für große Begeisterung sorgte die Information, daß Kindergartenplätze in Frankreich kostenlos sind und fast jedes Kind mit 3 Jahren dort untergebracht ist. Die französischen Gastgeber waren bestürzt über die Höhe der deutschen Kindergartenbeiträge und die oftmals langen Wartezeiten auf einen Platz.

Chancengleichheit für alle Kinder, Berufstätigkeit der Mütter, dies sind keine Fragen, über die sich die französischen Frauen Gedanken machen. Die Kinder sind ganztags untergebracht und wer die Möglichkeit zur Arbeit findet, der arbeitet. Die hohen Mietkosten auf dem freien Wohnungsmarkt in Paris und Vorstädten bedingen oft die Mitarbeit der Frau. Die Wartelisten für eine Wohnung des sozialen Wohnungsbaus sind wie bei uns unendlich lang.

Insgesamt fanden die Wiesbadener Frauen die Parisreise sehr informativ. Sie lernten sowohl die prunkvollen, touristischen Attraktionen der Stadt kennen als auch den Alltag der Menschen vor Ort.

Jetzt hoffen alle auf einen Gegenbesuch der französischen Partnerinnen, um ihnen einen Einblick in das hiesige Leben in Wiesbaden geben zu können.

Marei Haertel-Meshkati

## SPARPOLITIK UND SOZIALABBAU IM ÜBERBLICK

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik war der Sozialstaat so gefordert wie heute. Und nie zuvor mußten die Bürger/innen so deutlich erkennen: Wenn der Sozialstaat gefordert ist, wird er abgebaut. Die Einschnitte erfolgen in einem derart rasanten Tempo, daß der hier geschilderte Stand des Sozialabbaus bzw. geplanter Vorhaben (bei Redaktionsschluß) bereits wieder überholt sein kann.

### Sozialabbau statt Sozialumbau

Die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit erreichte im Januar 1996 die absolute Höchstmarke nach dem Krieg: über 4 Millionen, in Zahlen über 4.158.000 Menschen ohne Erwerbsarbeit. Andere Berechnungen kommen auf 6 bis 8 Millionen Bürger/innen ohne Erwerbsarbeit.

Eine Bilanz der „Systemveränderung von Oben“ wurde von der Arbeiterkammer Bremen aufgestellt. Danach wurden von 1982 bis 1994 allein im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes über 100 Einschnitte vorgenommen. Der Abbau von Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und bei arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie ABM und Umschulungen treffen heute die Millionen von Erwerbslosen.

Auch im Bereich der Krankenversicherung werden über 50, im Bereich der Rentenversicherung 40 Eingriffe gezählt.

Für die Bewohner/innen von Sozialen Brennpunkten besonders schmerzlich und existenzbedrohend sind aber die 40 gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verschlechterung der Sozialhilfebedingungen.

Doch damit will sich die Bundesregierung noch lange nicht begnügen. Die Reform des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) durch die „Seehofernovelle“ wird weitere Opfer fordern. Die Nationale Armutskonferenz erkennt zurecht einen „Anschlag auf das Existenzminimum“.

### Sozialhilfe - Rückschritt statt Reform

Besonders zu erwähnen sind folgende geplante Verschlechterungen:

1. Die Sozialhilfe soll 15 Prozent unter den niedrigen Löhnen festgeschrieben werden (Lohnabstandsgebot). Da die Tarifabschlüsse insgesamt mit den steigenden Lebenshaltungskosten kaum mithalten, ist die zunehmende Verarmung von Sozialhilfeberechtigten abzusehen. Die notwendige Bedarfsdeckung ist immer weniger gesichert.
2. Der automatisch gezahlte Zuschlag von 20 Prozent für Sozialhilfeberechtigte ab 65 Jahre soll für künftige Bezieher wegfallen. Das macht bei einem durchschnittlichen Regelsatz von 500 Mark immerhin 100 Mark im Monat aus. Weitere pauschale Mehrbedarfe sind in Frage gestellt.
3. Lehnen Sozialhilfeberechtigte Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit ab, sollen in Zukunft verbindlich 25 Prozent des Eckregelsatzes gekürzt werden. Dies wurde bisher nicht als Muß-Bestimmung, sondern als Kann-Bestimmung von den Sozialämtern gehandhabt.
4. Insgesamt steht zu befürchten, daß die einzelfallorientierte Hilfeplanung bei der Hilfe zur Arbeit in den Hintergrund tritt. Statt dessen soll verstärkt mit Lohnkostenzuschüssen an private Arbeitgeber und über Leiharbeit die (Wieder-)Eingliederung in das Arbeitsleben erreicht werden. Billige Arbeitskräfte statt Qualifizierung und sozialarbeiterischer Betreuung!

Die beiden letztgenannten Punkte zeigen auch, wie sehr die sozialen Sicherungssysteme mittlerweile nicht nur abgebaut, sondern gegeneinander ausgespielt werden. Da die Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes immer weniger werden, soll an deren Stelle das Sozialhilfegesetz treten. Immer mehr Menschen rutschen ab in die Sozialhilfe, die gleichzeitig in ihrer Leistung ebenfalls eingeschränkt wird und für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mißbraucht wird. Die erhöhten Kosten, die von der Arbeitsverwaltung auf die Kommunen umgelegt werden, steigern die Finanzknappheit der Kommunen weiter. Es ist damit zu rechnen, daß heute noch vorhandene sozialversicherungspflichtige Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen der Hilfe zur Arbeit zugunsten der „kostengünstigeren“ Prämienvariante (2 bis 4 Mark pro Arbeitsstunde) aufgegeben werden.

### **Sparpolitik statt Arbeitsförderung**

Nachdem die Beitragssätze zur Bundesanstalt für Arbeit von 1981 bis 1995 von 3 auf 6,5 Prozent angestiegen sind, soll durch eine „Reform“ der Arbeitsförderung eine Senkung auf 4,5 Prozent ab 1997 erreicht werden. Aber auch dieses Sparziel wird nach den Plänen der Bundesregierung nur dadurch erreicht, daß bei den Erwerbslosen Leistungen gemindert werden.

Die aktuell geplanten Eckpunkte der von Arbeitsminister Blüm geleiteten Arbeitsgruppe sollen die Einsparung von 18 Milliarden Mark bewirken:

1. Die originäre Arbeitslosenhilfe soll zukünftig ganz gestrichen werden. Menschen, die nach nur kurzer Beschäftigungszeit erwerbslos werden, fallen direkt in die Sozialhilfe.
2. ABM-Jobs sollen grundsätzlich untertariflich bezahlt werden (80 bis 90 Prozent

des Lohnes vergleichbarer ungeförderter Tätigkeiten).

3. Abfindungen durch Sozialpläne sollen zur Hälfte auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden.
4. Die maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Betroffene soll verkürzt werden.
5. Die Zumutbarkeit bei der Vermittlung auf neue Stellen soll weiter verschärft werden.
6. Langzeitarbeitslose sollen durch „arbeitsrechtsfreie Eingliederungsverträge“ - bis zu 6 Monaten Außerkraftsetzung von Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - „leichter“ vermittelt werden.
7. Arbeitsämter sollen gezielt die Verfügbarkeit der Erwerbslosen überprüfen.

Soweit die Eckpunkte, wie sie bis Redaktionsschluß vorlagen. Die Angriffe auf Sozialhilfestandards und die Arbeitslosenversicherung können bald ihr zwanzigjähriges Jubiläum feiern.

### **Das Ergebnis: Zerstörung von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik**

Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht mehr; Sozialpolitik dient nur mehr als Verfügungsmasse für andere staatliche Aufgaben.

Würde die Behauptung stimmen, daß nur durch Sozialabbau der Wirtschaftsstandort Deutschland gesichert werden könnte, dann müßten wir wirklich alle schon heute in „blühenden Landschaften“ leben.

Die Erfahrung der Bewohner/innen in den Sozialen Brennpunkten ist eine andere.

Jochen Partsch

**DER UNBARMHERZIGE VERTEILUNGSKAMPF  
- ZU DEN URSACHEN DER LEEREN KASSEN -**

Wir haben es nicht erst ab 1995 tagtäglich zu hören bekommen: "Wir müssen alle sparen" oder "Es steht kein Geld mehr für die Verteilung zur Verfügung!" Diese (nieder)schlagenden und gebetsmühlenartig wiederholten Aussagen bestimmen die heutige Gesellschaftspolitik und damit unser tagtägliches Leben. Wichtige inhaltliche Neuansätze in der sozialpolitischen Arbeit werden durch diese scheinbar unüberwindliche Barriere gestoppt. Die von der LAG Soziale Brennpunkte gemachten Vorschläge für eine Verbesserung der Situation in den Sozialen Brennpunkten sowie der Prävention gegen die weiteren Armutsentwicklung können nicht aufkeimen.

Resignation macht sich breit bei gutwilligen Politikern und in den Projekten. Die Zeiten sind schlecht. Da ist nichts zu machen! Ist da wirklich nichts zu machen?

**Die Finanzmisere ist hausgemacht.**

Erste kurze Annäherung:

**Sozialabbau und Diätenerhöhung**

Da ist doch irgendetwas faul, wenn ein überwältigender Teil der Volksvertreter so maßlos zum unterschiedslosen Verzicht aufruft, die sozialen Grausamkeiten mit dem Hinweis auf den armen Staat und das überzogene Anspruchsdenken der breiten Masse begründet und sich gleichzeitig in schamloser Selbstbedienungsmanier gesalzene Diätenerhöhungen zuschanzt. Um plumpe Ausreden nicht verlegen, kommt dann nicht selten der Hinweis, daß mit den paar Milliönchen in der Umverteilung doch keine großen Sprünge in der Sozialpolitik zu machen wären. Das stimmt. Ist aber eine bemerkenswerte Argumentation für Repräsentanten des Volkes, die mit gutem Vorbild voran gehen sollten und bei Kür-

zungen in anderen Bereichen das Wort Solidarität strapazieren. Wir wollen es dabei erst mal belassen und uns den Systemfehlern zuwenden, die die Armut erzeugen.

Zweite Annäherung:

**Reichtum und Armut**

Schreiben wir es noch einmal jedem ins Stammbuch: "Wer über Armut spricht, darf über Reichtum nicht schweigen." Die Konzentration von Reichtum geht einher mit der krassen, beschleunigten Armutsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu einige wichtige Zahlen.

Ein aufschlußreiches Bild ergibt sich aus der Entwicklung der Abgabe- und Steuerlast der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zur Abgabentwicklung der abhängig Beschäftigten:

Jahr	Selbständige	Abhängig Beschäftigte		
	Durchschnittliche Steuerlast in %	Lohnsteuerquote in %	Sozialbeitragsquote in %	Gesamtabgabenquote in %
1980	21,2	15,81	12,8	28,6
1983	17,2	16,4	13,6	30,0
1986	16,7	17,1	14,2	31,3
1989	16,5	18,0	14,3	32,3
1992	13,6	18,8	14,7	33,5
1993	13,5	18,4	15,0	33,4
1994	12,2	18,7	15,5	34,2

Quelle: H. Tofoute in: „WSI-Mitteilungen“ 3/95

Seit Antritt der Kohlregierung hat sich also die steuerliche Belastung bei den Selbständigen von rund 20 % auf 12 % verringert, d. h. im Klartext fast halbiert, während die Gesamtbelastung der abhängig Beschäftigten sich im gleichen Zeitraum von rund 30 % auf rund 35 % erhöht hat.

Im Zeitraum von 1960 - 1990 ist der Anteil der Lohnsteuer von 11,8 % auf 35,1 % gestiegen, hat sich also verdreifacht. Im gleichen Zeitraum hat sich die Einkommenssteuer von 14,8 % auf 7,2 % halbiert. Die über Haushaltsflaute klagende Bundesregierung hat durch ihre Politik der steuerlichen Entlastungen von Unternehmen und Selbständigen nach Einschätzungen des "Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI)" seit 1993 eine jährliche Einnahmenreduzierung von 9,4 Milliarden DM gebracht.

Die großen Konzerne nutzen aber nicht nur die immer deutlicher werdende Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens im Rahmen der steuerlichen „Reformen“, sondern sie haben auch noch zusätzlich viele Möglichkeiten, um sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung fortzustehlen. Erinnert sei an das Beispiel der Deutschen Bank, die von 1990-1993 einen Gewinn von 77% machte, aber durch Auslandsverflechtungen Gewinnumbuchungen ins Ausland durchführte und damit rechnerisch und steuerlich wirksam auf 9 % reduzierte. Siemens erhöhte in gleichem Zeitraum den Gewinn um 4 Prozentpunkte, konnte aber durch ähnliche Tricks eine 71%ige Steuerminderung erreichen. Hinzu kommen Steuerhinterziehungen und diverse andere Machenschaften, die nach einer groben Schätzung der Steuergewerkschaft dem Staatssäckel über 100 Milliarden DM entziehen. Allein in Hessen konnten die viel zu wenigen Betriebsprüfer nach Mitteilung des Finanzministeriums zusätzliche Steuern in Höhe von 111 Mio. DM im Jahr

1994 eintreiben. Dies ist nur die Spitze eines gewaltigen Eisbergs.

Diese vom Staat nicht nur geduldete, sondern durch Gesetzesänderungen gewollte und vorangetriebene Entwicklung führt konsequenterweise zum weiteren Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich. So sind die Realeinkommen der Beschäftigten von 1975-1991 nur um 16%



DEMO in Bonn (Foto: Jürgen Maier)

gestiegen, während im gleichen Zeitraum die Realgewinnentwicklung um 112% gestiegen ist.

In den offiziellen Statistiken wird die Reichtumsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht in der notwendigen Klarheit und Aussagekraft erfaßt. Versucht man die vorhandenen Zahlen zu bereinigen, stellt man fest, daß im oberen Zehntel der Gesellschaft sich fast die Hälfte des gesamten Nettovermögens konzentriert, während die untere Hälfte gerade 2,4% des Vermögens besitzen. Bei diesen statistischen Zahlen muß bedacht werden, daß auch hier die Diskrepanz noch größer ist, da nur das statistisch nachweisbare

## VERANSTALTUNGEN 1996

### Zentrale Veranstaltungen

24.02.1996	LAG- MitgliederInnenversammlung
15.05.-17.05.1996	BewohnerInnentagung in Oberreifenberg
26.10.1996	LAG-MitgliederInnenversammlung

Außerdem werden wieder mehrere Foren stattfinden. Die Termine werden noch gesondert bekanntgegeben.

### Jugendbildungswerk

18.01.1996	AG-Jugend/AK-Mädchen/AK-Jungen
09.03 - 10.03.1996	"Zukunftsvisionen" Schwarzes Theater
15.03.1996	AG-Jugend/AK-Mädchen/AK-Jungen
04.05. - 05.05.1996	Lagerbau
09.05.1996	AG-Jugend/AK-Mädchen/AK-Jungen
14.06. - 16.06.1996	Kanutour mit ökologischen Erkundungen
21.06. - 23.06.1996	Kanutour mit ökologischen Erkundungen
05.07. - 07.07.1996	Klettern
12.07. - 14.07.1996	Klettern
15.11. - 17.11.1996	Bewerbungstraining
09.12. - 13.12.1996	Kooperation LAG/LJA sowie 3 weitere AG-Jugend-Veranstaltungen

### Frauen

03.02.1996	Faschingsveranstaltung in Marburg
08.03. - 10.03.1996	Frauenzentraltagung in Dorfweil
19.04. - 21.04.1996	Wochenendseminar Mauloff
09.05.1996	Arbeitskreis Frauen - Fortbildung: "Interessen vertreten - Handlungsspielräume erkennen"
Juli 1996	Konzeptwerkstatt
26.08. - 30.08.1996	Bildungsurlaub für Familien in Dorfweil
13.09. - 15.09.1996	1. Frauenherbsttagung in Oberreifenberg
20.09. - 21.09.1996	Aktionstage "Frauen und Wohnungsnot"
27.09. - 29.09.1996	2. Frauenherbsttagung in Oberreifenberg sowie Treffen des AK Frauen

### Spiel- und Lernstuben

- 3x AG Spiel- u. Lernstuben
- Kooperationsveranstaltung mit Verein Frühförderung/LAG der EBS
- Fachtagung "Neue Herausforderungen an die pädagogische Arbeit" (in Kooperation mit Landesjugendamt)
- Fachtagung "Kinder und Jugendarbeit in Sozialen Brennpunkten" (in Kooperation mit Landesjugendamt/Ref. Jugend/Spiel- und Lernstube)

**Soziale Sicherung**

02.02. - 04.02.1996	Wintertagung der BAG-Sozialhilfeinitiativen
29.02.1996	Regionaltreffen in Limburg
25.04.1996	Tagesveranstaltung „Gegenöffentlichkeit zur Mißbrauchsdebatte“
Juni 1996	Tagesveranstaltung „Information zur BSHG-Novelle“ 3 weitere Regionaltreffen im 1. Halbjahr 1996
01.08. - 04.08.1996	Sommertagung der BAG-Sozialhilfeinitiativen
08.11. - 10.11.1996	Burckhardthaus-Tagung "Soziale Sicherung" 4 Regionaltreffen im 2. Halbjahr 1996

**Wohnen und Mieten**

- 3x AG Wohnen und Mieten (Termine noch offen)
- Tagesveranstaltung zu aktuellem Thema
- Tagesveranstaltung in KOOP mit anderen Referaten zur "Armutsbekämpfung in ländlichen Regionen"
- Kooperationsveranstaltung mit Wetteraukreis/Hess. Sozial- und Wohnungsbauministerien: "Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe in Landkreisen" (für September 1996 geplant)
- Kooperationsveranstaltung mit Institut Wohnen und Umwelt u. a. "Wohnungshilfeplanung für Wohnungsnotfälle" oder "Wohnungsversorgung im Verbund" (für Ende 1996 geplant)

**Referat Existenzsicherungsberatung**

22.02.1996	Veranstaltung: Harte Drogen
19.03.1996	Seminar Arbeitsrecht
22.04. - 26.04.1996	Seminar Controlling
Mai 1996	Seminar Schwerbehindertengesetz
29.05. - 31.05.1996	Seminar Betriebssozialarbeit
12.06. - 14.06.1996	Seminar Sucht in Arbeits- und Beschäftigungsprojekten
25.06.1996	Veranstaltung zu EU-Fördermitteln
10.07. - 12.07.1996	Seminar Management Folgetagung
11.07.1996	Seminar Gemeinnützigkeit
11.09. - 13.09.1996	Seminar Qualitätssicherung
19.09.1996	Veranstaltung Vorbereitung Bewerbungstraining
25.09. - 27.09.1996	Seminar Kommunikations- und Gesprächsführung
01.10.1996	Veranstaltung Presserarbeit
07.10. - 09.10.1996	Seminar Führungsverhalten
24.10.1996	Seminar GmbH-Recht
05.11.1996	Seminar Telefonieren
15.11. - 17.11.1996	Seminar Bewerbungstraining
25.11. - 27.11.1996	Seminar Personalentwicklung
10.12.1996	Seminar Migrantinnenentwicklung
04.12. - 06.12.1996	Fachtagung Arbeits- und Beschäftigungsprojekte

Außerdem bis jetzt ohne Termin:	
Fachleitertreffen Süd/Nord	6 Treffen im Jahr
Sachbearbeitertreffen HessenSüd	4 - 6 Treffen im Jahr
Leitstellensachbearbeitertreffen Hessen	4 Treffen im Jahr
Geschäftsführertreffen	3 - 4 Treffen im Jahr

Vermögen erfaßt ist, die Gelder der Steuerflüchtlinge in den ausländischen Steuerparadiesen jedoch noch hinzugerechnet werden müssen.

Im unteren Zehntel der privaten Haushalte befindet sich ein privates Nettovermögen von -0,3%. Per Saldo überwiegt also im unteren Zehntel der Bevölkerung die Schuldenlast die wenigen Ersparnisse.

Diese aussagekräftigen Zahlenbeispiele ließen sich noch lange fortsetzen, reichen aber für unser Ziel, festzustellen, wo die Ursachen der Verarmung bei einer immer größer werdenden Bevölkerungsschicht und des Staates einschließlich der Länder und Kommunen liegen, schon aus. Der durchschnittlich abhängig Beschäftigte kann durch die Umverteilung der Gewinne bzw. Einkünfte immer seltener und immer weniger Notgroschen bilden, um Krisenzeiten zu überstehen. Die gleichzeitig voranschreitende Arbeitsplatzvernichtung treibt die Zahl derjenigen in die Höhe, die zum Ausgleich einen staatlichen Transfer für ihre Existenzsicherung benötigen. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß dafür der Großteil der betroffenen Personen Jahre und Jahrzehnte dem Staat Steuern und Abgaben gezahlt hat. Da durch die staatliche Umverteilung in der Steuerpolitik freiwillig auf Einnahmen bei den gutverdienenden Privatpersonen und Unternehmen verzichtet wird, muß der Staat in zwei Richtungen agieren:

1. Die Ausgaben bzw. Transferleistungen werden für diejenigen Personengruppen gestrichen, für die er kein besonderes Interesse hat, das sind also derzeit insbesondere die Bezieher von Sozialleistungen. Die konzertierte Aktion zwischen Regierung und Unternehmerverbänden in der "Offensive zum Sozialabbau" haben bekanntlich in den letzten Wochen und Monaten an Schärfe zugenommen.

2. Da die Steuergeschenke zugunsten der Reichen in der Summe jedoch höher ausfal-

len, wie zunächst (?) noch aus den Mehrbelastungen herauszuquetschen ist, muß der Staat ergänzend verstärkt Kredite in Anspruch nehmen, die die Staatsverschuldung erhöhen und in der Folge immer mehr Steuergroschen für die Zinsleistungen verschlingen. Dieser steigende Geldbedarf für die Umverteilung zu Gunsten der Reichen treibt gleichzeitig die Zinsen in die Höhe und führt dazu, daß Unternehmen zeitweise ihr Geld lieber und lukrativer für Finanzinvestitionen anlegen, statt die Gewinne in produktiven Investitionsbereichen mit einer entsprechenden Erhöhung der Arbeitsplätze einzusetzen. So hat im Jahr 1992 die öffentliche Hand über 100 Milliarden DM an Zinsen gezahlt, die bei der Bilanzierung wieder als Vermögenseinkommen den Reichtum vermehren. Hier schließt sich der Teufelskreis, der - wie oben aufgezeigt - weder zufällig noch gottgewollt ist, sondern ein zivilisatorischer Systemfehler ist und von "verantwortlichen" Menschen geplant, umgesetzt und mit immer mehr Druck vorangetrieben wird.

#### **Die wenig haben, sollen viel sparen.**

Die für die Armuts- und Reichtumsentwicklung verantwortlichen Kräfte haben ein Interesse, den oben genannten Sachverhalt nicht nur zu verdrängen, sondern sogar zu leugnen. Tatsachen werden auf den Kopf gestellt und solange wiederholt, bis sogar ansonsten nicht gerade unkritische Bürger die Ammenmärchen vom "Leistungsmissbrauch", vom "mangelnden Leistungsverhalten", und "Sozialer Hängematte" als bare Münze hinnehmen. Eigentlich kann man der Bundesregierung und den weiteren daran Beteiligten nicht einmal einen Vorwurf machen, denn es ist nur folgerichtig, daß sie die verfehlte sozialfeindliche Gesellschaftspolitik mit entsprechenden PR-Kampagnen verteidigen. Nur so kann erreicht werden, daß die notwendige Loyalität, zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl, aufrecht erhalten werden kann. Es ist ein aufwendiger Apparat, der

dazu dient, den Blick zu trüben, um nicht zu erkennen, daß es der private Reichtum ist, der die staatliche Armut produziert. Auch kritische Mitmenschen fallen vereinzelt auf diese Manipulation herein und lassen sich gedankenlos die staatliche Denkschablone verpassen. Statt sich für richtiges Geldausgeben starkzumachen, beschränken sie sich auf kosmetische Korrekturen durch falsches Sparen. Die Verteilungskämpfe werden von der notwendigen Ebene zwischen arm und reich auf die kräfteverschleißende Auseinandersetzung zwischen den Armen verlagert. Soziale Projekte werden gegeneinander ausgespielt. Endsolidarisierung, Individualisierung und zunehmende Konkurrenz sind die unmittelbare Folge.

#### **Vorsicht vor falschen Propheten!**

Nebelwerfer gibt es aber auch in den vornehmlich eigenen Reihen, mag es durch Resignation oder „einfach nur“ durch das existenzsichernde Einwerben von Forschungsgeldern bedingt sein. Der Versuch, Armut etwas Positives abzugewinnen, „Armut als Lebenschance“, als Klärungs- und Läuterungsprozeß zu propagieren, ist unabhängig vom Motiv eine Verhöhnung der Betroffenen. Nun gibt es zwar auch Bettelmönche, diese wählen ihren Weg jedoch freiwillig.

Die Sozialhilfebezieher müssen für diese große Aufgabe aber erst mit harten und weichen Argumenten richtig weichgeknetet werden. Für die harten Argumente sorgt unter anderem Bundesminister Seehofer. Die weichen Argumente kommen zum Teil aus der sogenannten Wissenschaft. Wir leben in einer Risikogesellschaft. Dies Leben ist gefährlich, unser Dasein lebensgefährlich. Wir müssen uns damit arrangieren, die Ansprüche zurückschrauben und

dazu die „richtigen Einstellung“ aufbauen. Die soziale Ausgrenzung und Degradierung der von Armut betroffenen Menschen wird zu einer biographischen Episode degradiert, die zwar noch einen belastenden Charakter hat, der aber auf der anderen Seite auch positive Aspekte abgewonnen werden müssen. Der soziale Abstieg wird als Lebenschance propagiert, weil diese später wieder zu sicheren Lebensverhältnissen führt und somit quasi eine Art „Bildungsurlaub“ darstellt. Diese sicherlich nicht ohne Mühsal geschriebenen Untersuchungen und Bücher verniedlichen nicht nur das Problem bei den Betroffenen. Sie lassen im wesentlichen außer acht, daß ein großer Teil der sozial Ausgegrenzten tatsächlich dauerhaft betroffen ist und ohne Perspektive aus dem gesellschaftlichen Leben isoliert wird. Die Aussagen dienen der Legitimation der sich weiterentfaltenden Privatisierung der Interessen und Probleme und wirken entsolidarisierend. Das Augenmerk der Forschung und der öffentlichen Diskussion wird auf den individuellen Einzelfall gerichtet. Der Bruch findet nicht mehr an der Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichem Reichtum und gesellschaftlicher Armut statt, sondern zwischen den einzelnen Personen, jenen, die es schaffen wieder aufzusteigen und jenen, die es nicht schaffen. Eine wirksame Bekämpfung der Armutsentwicklung erfordert jedoch eine Analyse der Ursachen, die die gesellschaftlichen Wechselwirkungen und die Benennung der dafür verantwortlichen Personen einschließt. Reichtum und Armut werden von oben erzeugt. In Hamburg sagt Mann und Frau dazu: "Der Fisch fängt am Kopf an zu stinken!"

Nikolaus Müller

**AUFSTEHEN GEGEN SOZIALLEISTUNGSKÜRZUNGEN  
- BUNDESWEITE KAMPAGNE GEGEN SOZIALABBAU -**

**Seehofers „Eckpunkte“**

Nach Einschränkungen bei der Sozialhilfe 1994 wurden im Frühjahr 1995 weitere Kürzungspläne des seit der letzten Bundestags-Wahl zuständigen Gesundheitsministers bekannt. Im März legte er erste „Eckpunkte“ dazu vor.

Mit dem Ziel, den Anstieg der Zahl der Sozialhilfeberechtigten zu begrenzen und damit die Kosten einzudämmen, sollen die Regelsätze auch weiterhin nicht entsprechend der Lebenshaltungskosten erhöht und ein Abstand von 15 % zu den unteren Löhnen eingeführt werden. Unterhaltsverpflichtete in Wohngemeinschaften sollen zukünftig auch Nichtverwandte sein und die Kürzung der Sozialhilfe bei Verweigerung von Arbeit soll verbindlich auf 25 %

in einer ersten Stufe festgeschrieben werden. Es sollen außerdem finanzielle Anreize dafür geschaffen werden, daß SozialhilfebezieherInnen auch schlecht bezahlte Arbeit annehmen.

Zu diesen Absichten im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt nahmen zahlreiche Verbände und Zusammenschlüsse der Initiativen öffentlich Stellung und appellierten an den Minister, diese Pläne nicht weiterzuverfolgen. Einige von ihnen wurden sogar zu einer Anhörung nach Bonn eingeladen, bei der sie ihre Einschätzung, die überwiegend ablehnend gewesen sein soll, noch einmal persönlich vortragen konnten. Neben der Ablehnung der Eckpunkte wiesen sie die erneut losgetretene „Mißbrauchsdebatte“ zurück.



Am Bild der Lohnabstandszange kann man ablesen, daß jeder Druck auf die Haushaltseinkommen von Erwerbstätigen auch den Sozialbedarf zusammenquetscht (aus: Bündnis gegen Sozialleistungskürzungen (Hrsg.), Abwärts mit den Regelsätzen!, Frankfurt 1995, S.4)

### **Unterschriftenaktion von „Hinz und Kunzt“**

Die Obdachlosenzeitung "Hinz und Kunzt" aus Hamburg rief unmittelbar nach Bekanntwerden der „Eckpunkte“ zu einer bundesweiten Aktion „Gegen Sozialhilfekürzungen“ auf und hat damit als erste Organisation zu konkretem öffentlichem Widerspruch aufgefordert. Die gesammelten fast 25.000 Unterschriften wurden im September einem Vertreter des Ministers übergeben.

### **Gesetzesentwurf wird vorgelegt**

Im Mai legte Minister Seehofer den Gesetzesentwurf seines Ministeriums vor, der im wesentlichen die „Eckpunkte“ bestätigte. Alle seitherigen Einwürfe, kritischen Stellungnahmen, Anhörungen hatten also nichts bewirkt. Es schien, als hätten sie den Minister in seiner Haltung nur noch bestätigt.

Auch zu diesem Entwurf wurde eifrig Stellung genommen. Auch die LAG formulierte für die BAG Soziale Brennpunkte eine ausführliche Stellungnahme, wobei wir auf die Auswirkungen des Gesetzes besonders für Bewohnerinnen und Bewohner Sozialer Brennpunkte hinwiesen. Im Juli wurde der Referentenentwurf mit wenigen Änderungen in den für uns bedeutenden Punkten auch von der Bundesregierung beschlossen.

### **Sommertagung der BAG der Sozialhilfeinitiativen in Göttingen will breites Bündnis herstellen**

Die ca. 80 TeilnehmerInnen des Sommertreffens der Sozialhilfeinitiativen informierten sich nicht nur über den Stand der Änderungen in der Sozialhilfe, sondern befaßten sich auch mit beabsichtigten Kürzungen für Erwerbslose und der Ausgrenzung weiterer Flüchtlingsgruppen aus dem BSHG. Die Erkenntnis, daß derzeit ein umfassender Sozialabbau im Gange ist, der

es nicht mehr zuläßt, daß jede betroffene Gruppe für sich kämpft, führte zu der Entscheidung, in der Bundesrepublik ein breites Bündnis gegen Sozialleistungskürzungen anzuregen. Noch im Herbst 1995 sollte eine bundesweite Aktion durchgeführt werden. In 2 großen Arbeitsgruppen wurden hierzu erste Vorbereitungsarbeiten geleistet: Während die eine die „Göttinger Erklärung“ als mögliche inhaltliche Plattform für ein Bündnis erarbeitete, überlegte die andere, wer für ein solches Bündnis angesprochen werden könnte. Es wurde ein vorläufiges Organisationsteam gebildet. Mit dem Arbeitsauftrag, die Absicht eines großen Bündnisses gegenüber wichtigen Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen sowie großen Verbänden trotz „Sommerpause“ schnell zu verbreiten, verabschiedeten sich die TeilnehmerInnen in Göttingen. Ein Anfang für gemeinsames Handeln war gemacht.

### **Erstes Bündnistreffen beschließt Demonstration am 4.11. in Bonn**

Unter der Federführung der neuen Geschäftsführerin der BAG der Sozialhilfeinitiativen lud das Organisationsteam, in dem auch die LAG Hessen mitarbeitet, für Mitte September nach Frankfurt zu einem ersten Bündnistreffen ein. Der Einladung folgten ca. 30 Personen, vor allem aus Initiativen und Sozialorganisationen. Von den Wohlfahrtsverbänden war der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband vertreten. Bei dem Treffen wurde ein Aufruf zur Demonstration mit Kundgebung in Bonn „Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen“ verabschiedet. Als Termin wurde der 4.11. festgelegt.

### **Mobilisierung**

Nach diesem Treffen in Frankfurt begann die bundesweite Mobilisierung. Mit einem Informationsblatt, welches den gemeinsamen Aufruf mit Termin und Ort der Demonstration und Kundgebung enthielt, wurden bundesweite Organisationen aufge-



Letzte Absprache vor der Kundgebung (Foto: Jürgen Maier)

fordert, diese Aktion zu unterstützen. Es wurden Koordinationsstellen für die Bundesländer gesucht. In Hessen übernahmen folgende Organisationen die Koordination: das Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Ev. Kirche Hessen und Nassau, Frankfurter Arbeitslosenzentrum, das SprecherInnenngremium der Erwerbsloseninitiativen beim DGB sowie die LAG Soziale Brennpunkte. Es stellte sich bald heraus, daß die Zentren der Mobilisierung in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie in den neuen Bundesländern Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern lagen. Das organisatorische Zentrum für alle Groß- und Kleinigkeiten lag im Büro der BAG der Sozialhilfeinitiativen in der Moselstraße in Frankfurt. Ein weiteres Bündnistreffen fand im Oktober in Düsseldorf statt. Hier wurden vor allem organisatorische Fragen und die Redebeiträge abgestimmt.

**Über 2500 Menschen demonstrieren am 4. November in Bonn gegen Sozialleistungskürzungen - und die Öffentlichkeit erfährt fast nichts davon**

Die Beteiligung von ca. 2500 Menschen an der Demonstration übertraf die erwartete

Zahl von 1000 TeilnehmerInnen, die die OrganisatorInnen sich mindestens erhofft hatten. Aus Hessen waren ca. 200 Menschen dabei, vor allem aus Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Die vielfältigen Beiträge bei der Kundgebung stellten das breite Spektrum der Betroffenen-Gruppen dar, was allerdings die Veranstaltung sehr in die Länge zog,

ein „Härtetest“ bei Sonnenschein mit Minusgraden. Leider haben die Medien - trotz Vorinformation und Pressekonferenz - von dieser Aktion praktisch keine Kenntnis genommen. Außer örtlicher Presse waren weder Rundfunk noch Fernsehen anwesend.

#### **Perspektive: Bündnis ausbauen, Schwerpunkte setzen**

Im Dezember fand im Rahmen eines „Sozialpolitischen Forums“ in Kassel die Auswertung dieser Aktion durch das Aktionsbündnis statt. Weitere Absprachen gab es bei der Wintertagung der Sozialhilfeinitiativen Anfang Februar in Osnabrück. Es wurden dabei Vereinbarungen für die Weiterarbeit getroffen:

- Das Aktionsbündnis bleibt bestehen und wird weiter ausgebaut.
- Der Schwerpunkt wird auf die Novellierung des BSHG gelegt. Es wird eine Kampagne gegen die Neufassung des „Lohnabstandsgebotes“ und die damit zusammenhängende Gefahr der Regelsatzkürzung durchgeführt. Hierzu werden verständliche Informationsmaterialien entwickelt und verbreitet.

- Da die Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes nur durch Zustimmung der Bundesländer im Bundesrat in Kraft treten kann, muß vor allem auf die Landesregierungen Einfluß ausgeübt werden, daß diese nicht zustimmen.
- Es werden persönliche Medienkontakte auf und ausgebaut, damit diese zukünftig auf Aktionen besser vorbereitet sind.
- Im Zusammenhang mit dem weiteren Gesetzgebungsverfahren wird eine Bundespressekonferenz durchgeführt.
- Es werden neue regionale Aktionsformen entwickelt, denn es lassen sich nicht so häufig tausende Menschen an einen zentralen Ort bewegen.
- Für spontane interessante Aktionen bildet sich eine Aktionsgruppe

Jürgen Maier

### DIE LAG WAR MIT IN BONN!

Durch die enge Zusammenarbeit mit der BAG der Sozialhilfeinitiativen war die LAG Soziale Brennpunkte Hessen von Anfang an stark eingebunden in die Planungen für die bundesweite Aktion „Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen“ am 4. November in Bonn. Durch Rundbriefe und persönliche Kontakte waren die Projekte und Initiativen in Hessen ab September über die geplante Aktion informiert und mit Material „versorgt“ worden.

Die Rückmeldungen zur Beteiligung an einer bundesweiten Aktion waren sehr unterschiedlich: Die einen fanden es gut, daß „mal wieder was passiert“ und sagten spontan zu, Busse zu organisieren und Leute zum Mitmachen zu motivieren. Ein Teil sah diese Aktion auch in der Tradition der Demonstrationen 1979 in Bonn (gegen die Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe)

und 1986 in Wiesbaden (gegen Sozialhilfekürzungen). Andere waren eher skeptisch, ob im Augenblick Bewohnerinnen und Bewohner Sozialer Brennpunkte für eine solche Aktion zu mobilisieren sind. Ein Sozi-



Die „Rodgaustraße“ in Bonn (Foto: Jürgen Maier)

hilfverein stellte den Sinn ganz in Frage: „Das hilft doch auch nicht!“ Ein Projekt teilte mit, daß sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach ausführlicher Diskussion entschieden haben, sich auch nicht als „StellvertreterInnen“ der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner zu beteiligen.

Letztendlich waren ca. 200 Hessen am 4.11. mit in Bonn. BewohnerInnen und Bewohner aus Darmstadt-Arheilgen waren mit Transparenten dabei „Darmstädter Frauen und Männer schnallen den Gürtel nicht mehr enger!“. Auch Vertreterinnen des Bewohnerrats aus dem Limburger Finken- und Amselweg waren gekommen, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Beschäftigungsprojektes INTEGRAL in Cölbe bei Marburg. Darüber hinaus nahmen auch zahlreiche Projektkolleginnen und -kollegen aus den Sozialen Brennpunkten Hessens teil. Selbstverständlich war auch die LAG-Geschäftsstelle mit Transparent gut sichtbar vertreten.

Die meisten hessischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen u.a. aus Gießen, Marburg und Frankfurt. Allein die Frankfurter kamen mit 3 großen Bussen. Außerdem hatte die Gruppe „KLARTEXT“ aus Frankfurt einen „Motivwagen“ gestaltet. Motto: „Die in der goldenen Hängematte (Waigel und Co.) sollen die Finger von uns (Armen) lassen!“

Die LAG war aktiv am Kundgebungsprogramm beteiligt: Das Gießener ROCKMO-

BIL trat zum Auftakt mit Musikern aus dem Projekt Finken/Amselweg in Limburg mit fetzigen Songs zum Warmwerden auf (es war nämlich „saukalt“). Juliane Berding von der Selbsthilfegruppe Sozialhilfe in Witzenhausen (Nordhessen) - einigen von den Tagungen in Gelnhausen bekannt - hatte einen Beitrag zur Situation von SozialhilfebezieherInnen übernommen, den sie engagiert vortrug. Kollege Klaus-Peter Meyer von der LAG Niedersachsen hat für die BAG der Sozialen Brennpunkte einen kurzen Redebeitrag vorgetragen.

Bei verschiedenen Anlässen, unter anderem den Regionaltreffen „Soziale Sicherung“, auch in der LAG-Geschäftsstelle, wurde die Aktion ausgewertet. Erkenntnisse dabei waren: Es war wichtig und richtig, diese Aktion durchgeführt zu haben. Den meisten, die dabei waren, hat sie auch Spaß gemacht. Zukünftig Schwerpunkt legen auf regionale Aktionen! Wenn zentral Handlungsbedarf besteht, dann „intelligente“ Aktionen überlegen, die auch mit wenigen durchgeführt werden können. Medienkontakte aufbauen, damit Aktionen auch die Öffentlichkeit erreichen.

Jürgen Maier



Rock(mobil) gegen Sozialabbau (Foto: Jürgen Maier)

## **Dem Sozialabbau entschieden Widerstand entgegensetzen**

**Resolution der Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. am 18.11.1995**

Statt tiefe Einschnitte im Sozialen Sicherungssystem vorzunehmen und damit die Existenzsicherung von immer mehr Menschen zu gefährden, fordern wir Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und nicht der Armen. Den geplanten Kürzungen der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe treten wir entschieden entgegen. Wir halten diese neue Qualität des Sozialabbaus, der die damit verbundene Armutsentwicklung ignoriert, mit dem Sozialstaatsgebot der Verfassung für nicht mehr vereinbar.

Wir fordern statt dessen die Bemessung der Sozialhilfe am Lebensbedarf und die Streichung des Lohnabstandsgebotes, damit einer weiteren Absenkung der Hilfe zum Lebensunterhalt entgegengewirkt und Lohndumping vermieden wird. Wir lehnen die geplante Erweiterung der Unterhaltspflicht auch auf Nichtverwandte in Wohngemeinschaften sowie jeden Arbeitszwang ab.

Die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme müssen ausgebaut statt ausgehöhlt werden. Durch die geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe werden immer mehr Menschen in die Sozialhilfe abgedrängt. Dies steht im völligen Widerspruch zu der Begründung für die "Sozialhilfereform", die Zahl der SozialhilfebezieherInnen reduzieren zu wollen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich den Vorschlägen von Fachleuten für eine bedarfsgerechte soziale Grundsicherung nicht länger zu verschließen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit ausreichend sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Arbeitsmarktpolitik ist eine wichtige Aufgabe vor allem des Bundes. Er muß darüberhinaus die Städte, Gemeinden und Landkreise entlasten, statt ihnen bis zur Grenze ihrer Zahlungsfähigkeit weitere Lasten aufzubürden.

Gleichzeitig appellieren wir an die politisch Verantwortlichen und die Verwaltungen auf der kommunalen Ebene, den Druck nicht an die Betroffenen weiterzugeben, indem Soziale Dienste eingeschränkt und die Bewilligungspraxis der Sozialhilfe immer restriktiver gehandhabt wird.

Auch Haushaltssperren und -Kürzungen auf Landesebene gefährden langjährig erzielte Erfolge in der Projektarbeit in Sozialen Brennpunkten. Aus der über 20-jährigen Entwicklung und Zusammenarbeit mit den Projekten hat sich deutlich gezeigt, daß ohne Aktivierung und Selbstorganisation der Betroffenen "vor Ort" keine dauerhaften Fortschritte zu erzielen sind. Für diese Projektarbeit und die Zusammenarbeit mit Initiativen brauchen wir eine weitere ausreichende finanzielle Absicherung. Bei den zur Verfügung stehenden Ressourcen fordern wir, daß nicht auch hier bei den Armen gespart und daß die Förderung gebündelt und zielgerichtet für die weitere Verbesserung in Sozialen Brennpunkten eingesetzt wird.

## NEUES AUS DEN ARBEITSBEREICHEN DER LAG

### Gemeinwesenarbeit

Zum ersten Mal wurde im Jahr 1995 die Forumsreihe in das Veranstaltungsangebot der Geschäftsstelle aufgenommen.

Das Erste Forum fand unter dem Titel "Hessen hat gewählt - was wird aus unseren Forderungen?" am 30. März 1995 in Gelnhausen statt. Die zurückgehende Wahlbeteiligung und der zunehmende Parteienverdrub kennzeichnen auch die Stimmung in vielen Sozialen Brennpunkten. Es wurde festgestellt, daß Gemeinwesenarbeit in diesem Zusammenhang zwar eine wichtige Veränderungsfunktion einnehmen kann, diese aber eingebunden sein muß in eine durch die Politik abzusichernde politische und finanzielle Unterstützung der betroffenen Menschen. Politiker und die Parteien müssen sich messen lassen an ihren konkreten Handlungen und nicht an schönen Versprechungen.

Das zweite Forum fand am 27. April 1995 in Frankfurt unter dem Titel "Geschlechts-

spezifische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit" statt. Männer- und Frauengruppen, Mädchen- und Jungengruppen sind in vielen Sozialen Brennpunkten zum festen Bestandteil der Arbeit geworden. Im Rahmen der Veranstaltung wurde diskutiert, warum diese Ansätze verfolgt werden und mit welchen Zielen in den einzelnen Gruppen gearbeitet wird. Darauf aufbauend wurden neue Möglichkeiten für die Verbesserung der Arbeit diskutiert, die in den einzelnen Gruppen weiterverfolgt werden sollten.

"Anforderungen an eine soziale Grundsicherung" war der Titel des dritten Forums am 20. Juni 1995 in Gießen. Gemeinsam mit kompetenten Fachleuten wurde die momentane Situation der Auseinandersetzung um die soziale Grundsicherung betrachtet und diskutiert. Diese Veranstaltung war eingebettet in die 25-Jahr-Feier der Gummiinsel Gießen.

Das Forum IV mit dem Titel "Kinderbetreuung im Stadtteil" fand am 14. November 1995 in Idstein statt und



Auf der BewohnerInnenentagung: Bürgerinnen und Bürger ergreifen das Wort (Foto: M. Grötzinger)

schloß die Veranstaltungsreihe für das Jahr 1995 ab. Diese Forumsveranstaltung thematisierte die veränderten Anforderungen in diesem Bereich. Dabei spielten Fragen der Bedarfsdeckung und der finanziellen Absicherung ebenso eine Rolle wie die fachlich - konzeptionelle Ebene.

Die in 1995 gemachten guten Erfahrungen mit der Forumsreihe sind gleichzeitig eine Aufforderung, diese Aktivitäten auch in 1996 fortzusetzen.



Kletterwoche JBW-Mädchen Mai 1995 in der Rhön (Foto: Nicole Noissarie)

### Jugendbildungswerk

Der allgemeine Sozialabbau und die Auswirkungen desselben machen auch vor dem Jugendbereich nicht Halt. Für die Jugendlichen heißt dies primär immer schlechter werdende Berufschancen, finanzielle Engpässe der Eltern, die zu finanziellen Engpässen bei den Jugendlichen führen, keine Aussicht auf eine eigene Wohnung, Perspektivlosigkeit, Einschränkung der Freizeitmöglichkeiten u.v.m..

Ausgehend von dieser Problematik haben wir uns in der AG-Jugend und in den Arbeitskreisen Mädchen/Jungen einerseits konkret mit der Frage beschäftigt, was eigentlich kann und will ich den Jugendlichen anbieten, die in die Einrichtung kommen.

Andererseits haben wir uns mit der Erstellung eines Positionspapieres befaßt, das Grundlagen der Jugendarbeit in infrastrukturell unterversorgten Wohngebieten benennt und finanzielle, räumliche und per-

sonelle Grundbedingungen festhält. Wir sehen hierin die Möglichkeit, nicht immer nur hinter den Kürzungen „herzurennen“ und kurzfristig zu versuchen, gegen diese vorzugehen, sondern, gestützt durch ein gemeinsam erarbeitetes Papier, die Präsentation der Arbeit vor Ort professioneller gestalten zu können, um Kürzungen im Vorfeld abzuwenden.

Die Fortbildungen lagen sowohl im konkreten Erproben praktischer Arbeitsansätze und -weisen als auch in der theoretischen Auseinandersetzung mit veränderten Rahmenbedingungen und den daraus folgenden Konsequenzen. Die Kooperationstagung mit dem Landesjugendamt fand zum Titel „Haben unsere Konzepte ausgedient?!“ statt und beinhaltete sowohl die Frage „Was eigentlich hat sich an der Lebenswelt Jugendlicher geändert?“ als auch das Vorstellen verschiedener konzeptioneller Ansätze zur Jugendsozialarbeit.

In einem Jugendbildungsseminar und einer Fortbildung für MitarbeiterInnen haben wir uns mit der Berufswahl- und Bewerbungsthematik auseinandergesetzt, ein

auch von den Jugendlichen als zunehmend problematisch eingeschätzter Bereich.

Angebote im Bereich Erlebnispädagogik, kombiniert mit ökologischen Erkundungen, sowie im Bereich Zukunftsplanung und im musisch-kulturellen Bereich rundeten das Jugendbildungsangebot ab. Leider konnten aufgrund sinkender Landeszuwendungen im Jahr 1995 nur 8 Jugendbildungsveranstaltungen angeboten werden, 1994 waren es 16. Erfreulich war aber, daß keine einzige Veranstaltung mangels TeilnehmerInnen ganz abgesagt werden mußte!

Durch die Teilnahme an landesweiten AG's der Grünen, der LAG-Mädchenpolitik u.a. ist die Interessenvertretung der Jugendlichen auch über den „Brennpunktbereich“ hinaus gewährleistet.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit in 1995 stellte die Vernetzung mit den anderen Jugendbildungswerken nach §6 JBFG dar. Die konzeptionelle Weiterentwicklung der außerschulischen Bildungsarbeit steht hier im Vordergrund.

### Rockmobil

Das Jahr 1995 war für die Rockmobile von einem heftigen „Auf und Ab“ geprägt. Die ungeklärte Finanzierung verunsicherte in hohem Maße. Verstärkt müssen die Projekte, die die Angebote des Rockmobils in Anspruch nehmen, in die Finanzierung der Arbeit einbezogen werden. Besonders die Kasseler Kollegen hatten unter finanziellen Sorgen zu leiden. Dank der Fehlbedarfsfinanzierung durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst ist es uns aber gelungen, das Rockmobil weiter fahren zu lassen. Die beiden Kollegen sind nun jeweils mit einer halben Stelle beschäftigt, was zwar eine Einschränkung der Arbeit zur Folge hat, aber das Weiterbestehen des Rockmobil Kassel ermöglicht.

Abgesehen von diesen sehr unerfreulichen Tatsachen konnte Rockmobil auch in 1995 hessenweit musik- und kulturpädagogische Angebote machen. Internationale Begegnungen konnten organisiert, bzw. mit Kooperationspartnern gemeinsam besucht werden. Viele Auftritte bei Stadtteilfesten, Siedlungsfesten, Jugenddiscos, im Rahmen von Austauschprogrammen und bei der Demonstration in Bonn am 4.11.95 unter dem Motto „Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen“ trugen zur Freude an der Arbeit bei.

Für 1996 hoffen wir natürlich sehr, daß die Arbeit ohne Kürzungen weitergehen kann!

### Frauen

Auch im Frauenbereich liegt ein Schwerpunkt nach wie vor in der Auseinandersetzung mit dem Sozialabbau. Haben wir in 1994 unter dem Titel „Ebbe in der Haushaltskasse“ die Auswirkungen auf die persönliche Situation der Frauen diskutiert, standen 1995 die Kürzungen für die Projekte im Vordergrund. In einer Sitzung des Arbeitskreises Frauen suchten wir nach neuen Möglichkeiten zur Finanzierung von Frauenarbeit.

1996 stehen zwei Vorhaben im Mittelpunkt: Auf der Frauenzentraltagung werden Ideen und ein Konzept für eine Ausstellung entwickelt, mit der wir uns in die öffentliche Auseinandersetzung einmischen werden. Wir wollen anschaulich darstellen, daß es sich lohnt, Frauen und ihren Familien Wege aus der Armut zu eröffnen. Ein weiterer wichtiger Schritt gegen den Sozialabbau wird die Beteiligung an den Aktionstagen gegen Wohnungsnot und Armut von Frauen im September 1996 sein. Daneben ist das Referat in verschiedenen Gremien an der Diskussion um die Armut von Frauen beteiligt, u. a. im Landesfrauenrat und in einer Arbeitsgruppe der Nationalen Armutskonferenz.

An dieser Stelle sei auch die Faschingsveranstaltung vom 3. Februar 1996 genannt, die die LAG gemeinsam mit den Marburger GWA-Projekten, bsj und Integral durchgeführt hat. Denn wer etwas erreichen will, braucht neben Freude und Bestätigung auch den Kontakt zu anderen.

Im Vordergrund der Frauenbildungsarbeit in den letzten 1 ½ Jahren im Rahmen der Frauentagungen

standen Themen aus dem sogenannten „privaten“ Bereich: Familie und Familienpolitik, Erziehung, Partnerschaft und Sexualität (zur Tagung zum Thema Sexualität ist auch ein Reader erschienen). Dabei wurde deutlich, daß es nicht allein ausreicht, sich dazu immer nur unter den Frauen zu verständigen, sondern daß wir hier verstärkt das Gespräch auch mit den Männern und den Kindern suchen müssen, um gewünschte Veränderungen möglich zu machen. Deshalb veranstaltet die LAG dieses Jahr in Kooperation mit „Arbeit und Leben Hessen“ ein Seminar für die ganze Familie in Form eines Bildungsurlaubs. Mit den Projekten vor Ort soll geschaut werden, wie die Unterstützung für Familien im Stadtteil organisiert ist und wie hier Verbesserungen zu erreichen sind. Gleichzeitig werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen geprüft, die in diesem Bereich arbeiten.

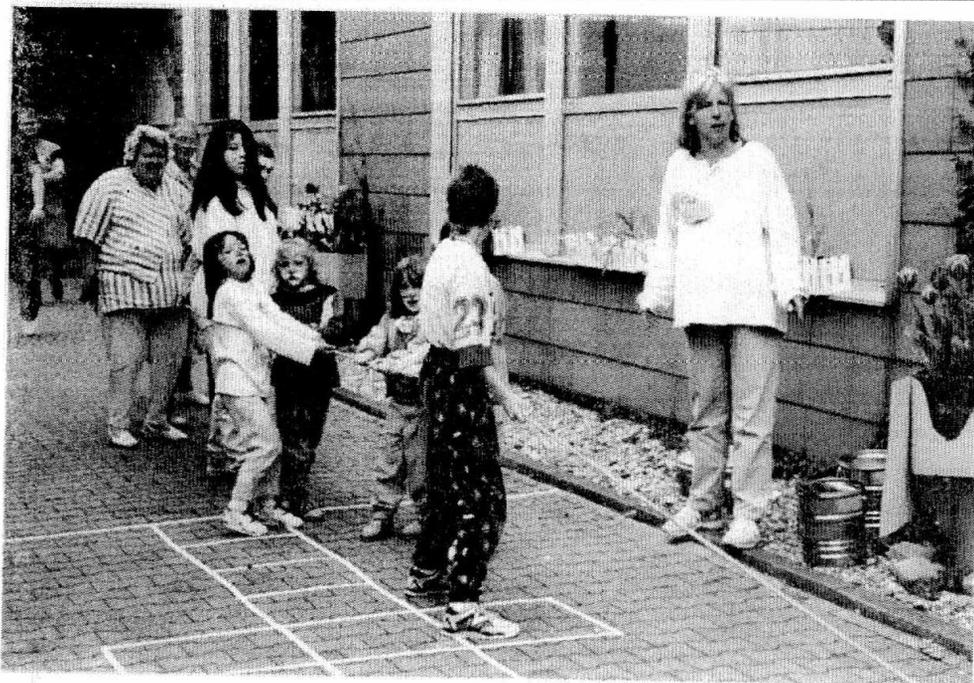


Arbeit mit Stein auf der Frauenherbsttagung (Foto: Monika Grötzinger)

Zur Perspektive der Frauenarbeit in Sozialen Brennpunkten fanden im letzten Jahr zahlreiche Gespräche vor Ort statt. Hier gilt es, die Frauenbeauftragten stärker in die Diskussion miteinzubeziehen. Gedacht ist auch an eine Veranstaltung mit der LAG der Frauenbildungsprojekte und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung zu Entwicklungen in der Frauenbildungsarbeit.

Neben diesen Schwerpunkten gibt es in der Kooperation mit dem Referat Existenzsicherungsberatung Initiativen zur Frauenförderung im Beschäftigungsbereich. 1995 hat hierzu eine Kooperationsveranstaltung mit dem Hessischen Arbeitsministerium und der Friedrich-Ebert-Stiftung stattgefunden. 1996 soll der Arbeitskreis Frauen und Arbeit fortgesetzt werden.

Materialien und Ergebnisse der Frauenherbsttagung „Zwischen Lust und Last: Sexualität heute“ liegen in einem Tagungsreader vor. Er kann zum Preis von 10,- DM (für Bewohnerinnen Ermäßigung) bei der LAG-Geschäftsstelle bezogen werden.



Auch auf der BewohnerInnentagung sind die Kinder mit dabei (Foto: Monika Grötzinger)

Nicht erfolgreich war das Bemühen, fachlichen Standards bei der Verabschiedung neuer Kita-Richtlinien zu einem Durchbruch zu verhelfen. Wie mittlerweile bekannt sein dürfte, sind keine neuen Richtlinien vom Landesjugendhilfeausschuß beschlossen worden und somit konnten auch keine u.a. von der LAG empfohlenen Standardvorgaben (15er-Gruppe und Doppelbesetzung) für Einrichtungen in Sozialen Brennpunkten festgeschrieben werden.

### Spiel- und Lernstuben

Die Arbeit des Spiel- und Lernstuben-Referates war im laufenden Jahr dadurch belastet, daß die personellen Kapazitäten nicht dauerhaft zur Verfügung standen. Mathias Urban hat bis zum Frühjahr für die LAG weit über seine Arbeitszeit hinaus die Arbeit im Referat mit großem Einsatz erledigt (dafür herzlichen Dank!).

In Kooperation mit dem Landesjugendamt fand die Jahrestagung für MitarbeiterInnen aus Spiel- und Lernstuben statt, bei der insbesondere Aspekte der pädagogischen Arbeit mit Kindern und der Arbeitsorganisation behandelt wurden. Für kollegialen Praxisaustausch wurden Spiel- und Lernstuben-AGs veranstaltet. Auf Anfrage konnte die LAG örtliche Projekte unterstützen und beraten; dabei rückt zunehmend die Fragestellung der konzeptionellen Weiterentwicklung der Spiel- und Lernstuben nach der Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kindergartenplätze in den Blickpunkt.

Das DJI-Modellprojekt „Orte für Kinder“ wurde auf Bundesebene inzwischen abgeschlossen. Auch der hessische „Projektring“ läuft aus. Mit Unterstützung der LAG konnte der Aspekt „Öffnung der Kitas und Gemeinwesenarbeit“ dort eingebracht werden. Die Projektstandorte Marburg/Waldtal und Idstein/Weißer Stein waren in diesem Prozeß besonders im Blick. In Marburg ist es gelungen, die Diskussion um ein Gemeinschaftshaus mit Kita neu in die fachliche und politische Diskussion zu bringen, in Idstein konnte mittlerweile die Eröffnung des neuen Gemeinschaftszentrums „Die Stube“ gefeiert werden. Dort ist sowohl eine Kita mit altersgemischten Gruppen als auch die Jugend- und Gemeinwesenarbeit unter einem räumlichen und konzeptionellen Dach zusammengefaßt. Durch die Bündelung unterschiedlicher Fördermittel konnte hier ein attraktives „Haus der Begegnung“ für die BewohnerInnen des sanierten Sozialen Brennpunktes und des angrenzenden Stadtteils geschaffen werden (siehe auch Siedlungen und Projekte).

**Soziale Sicherung**

Das Jahr 1995 war im Bereich der Sozialen Sicherung inhaltlich geprägt von der Auseinandersetzung um die "Reformpläne" zur Sozialhilfe. Die LAG entwickelte in Abstimmung mit der BAG Soziale Brennpunkte eine ausführliche Stellungnahme, in der wir hervorhoben, daß sich die Sozialhilfe vor allem am tatsächlichen Lebensbedarf der Menschen zu orientieren hat und nicht weiterhin von der Lohnentwicklung abhängig sein darf. Die LAG ergriff auch Initiativen gegenüber dem hessischen Ministerpräsidenten und den Fraktionen des hessischen Landtags mit dem Ziel, daß die "Sozialhilfereform" in Bezug auf die Hilfe zum Lebensunterhalt im Bundesrat abgelehnt wird. Darüber hinaus wurde die LAG konfrontiert mit den ersten Auswirkungen der Pflegeversicherung, die zum Teil erhebliche Nachteile für Pflegebedürftige mit sich brachte, die zuvor Pflegegeld nach dem BSHG erhielten. Bei den Regionaltreffen "Soziale Sicherung", die sich mittlerweile zu einer anerkannten festen Institution entwickeln, wurde regelmäßig von restriktiver werdender Bewilligungspraxis der örtlichen Sozialämter berichtet. Dies bezog sich vor allem auf die Probleme bei der Übernahme von Mietkosten. Es gibt

zunehmen Auseinandersetzungen um die sogenannte angemessene Miete.

Die beschriebene Entwicklung hatte die Konsequenz, daß das Referat Soziale Sicherung wie auch die gesamte LAG zu einem erneuten Abwehrkampf veranlaßt wurde, statt Perspektiven für zeitgemäße Formen Sozialer Sicherung entwickeln zu können. Die Veranstaltung des Forums zur Grundsicherung trug dazu bei, beides zu verknüpfen (siehe Gemeinwesenarbeit). Um der restriktiver werdenden

örtlichen Sozialhilfe Bewilligungspraxis wirksam begegnen zu können, wurde die Informationsveranstaltung "Kommunale Gremien nutzen: Widerspruchsausschuß und Sozialhilfekommission" durchgeführt. Auch regionale Bündnisse von Initiativen und Organisationen, die von der LAG unterstützt werden, leisten durch Veranstaltungen und Aktionen wichtige Beiträge gegen den Sozialabbau „vor Ort“.

Im Wissen, daß Aktionen nur öffentliche Zeichen sein können, bleibt die Frage nach geeigneten Formen und Mitteln, um der derzeitigen Entwicklung von Armut und sozialer Ausgrenzung wirksam zu begegnen. Diese Frage zu beantworten, wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit sein.

**„Abwärts mit den Regelsätzen!“  
Neues Lohnabstandsgebot in der Sozialhilfe**

Herausgeber:  
Aktionsbündnis gegen Sozialleistungskürzungen

zu beziehen für 3,- plus Porto bei:  
BAG der Sozialhilfeinitiativen  
Moselstraße 25  
60329 Frankfurt  
Tel. 069/250030

Gut geeignet für die Öffentlichkeitsarbeit:

**„10 Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte - Mehr als 10 Argumente dagegen“**

zu beziehen bei:  
Saarländische Armutskonferenz  
Gatterstraße 13  
66333 Völklingen  
Tel. 06898/25932

### Existenzsicherung

Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der steigenden Zahl von Langzeiterwerbslosen und arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen haben die MitarbeiterInnen örtlicher Initiativen, Beschäftigungsträger und Kommunen in Hessen ihre Integrationsarbeit in den letzten 18 Monaten intensiviert und um vielfältige neue Strategien erweitert, von denen hier stichwortartig nur zwei Beispiele und deren Unterschiede dargestellt werden.

Neu ist, daß Erwerbslose oder z.B. über das Landesprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“ befristet Beschäftigte gezielt auf bereits bestehende oder geplante Arbeitsplätze der Wirtschaft oder anderer Arbeitgeber vermittelt werden sollen.

Die in der Praxis gewählten Strategien sind dabei vom jeweiligen regionalen Arbeitsmarkt abhängig und können nicht das strukturell vorhandene Problem der fehlenden Arbeitsplätze allgemein und der Arbeitsplätze für Un- und Angelernte im Besonderen verdecken. Sie setzen vor allem an den immer vorhandenen Wechseln im Beschäftigungssektor, neuen bzw. zeitlich befristeten Nachfragebereichen der Wirtschaft sowie den Wünschen und Fähigkeiten ehemals Langzeiterwerbsloser.

#### Beispiel 1: „Arbeitsvermittlung nach Maß“

Im Unterschied zu den vorhandenen Strategien, daß Langzeiterwerbslose über die Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit oder durch eigene Suche eines Arbeitgebers, ggf. ergänzt durch Anreizfinanzierungen für die Arbeitgeber, wieder einen Arbeitsplatz finden, erfolgt „Arbeitsvermittlung nach Maß“ durch „Profis“, die sich auf die Vermittlung von Langzeiterwerbslosen spezialisiert haben. Die Prinzipien ihrer Arbeit sind:

- intensiver persönlicher Kontakt zu den Arbeitssuchenden;
- intensiver und aufsuchender Kontakt zu potentiellen Arbeitgebern der Region, insbesondere zu Arbeitgebern, deren Stellen nicht über die Arbeitsverwaltung vergeben werden;
- Herstellen vielfältiger Vertrauensverhältnisse zwischen den Beteiligten: z.B. Vertrauen seitens des/der Arbeitssuchenden in die eigenen Fähigkeiten, Vertrauen beim potentiellen Arbeitgeber gegenüber den ehemals Langzeiterwerbslosen, Vertrauen zwischen „Profis“ als Vermittlungsinstanz und Arbeitssuchenden/Arbeitgebern;
- Informationen und das spezifische Know-How erwerben, vernetzen und arbeitsvermittelnd relevant einzusetzen. Dabei werden Organisationen und Stellen, die mit den schwervermittelbaren Arbeitslosen zu tun haben, einbezogen und genutzt, z.B. solche der Gemeinwesen-, Sozial- und Kulturarbeit, Bildungsträger, Selbsthilfeorganisationen usw..

#### Beispiel 2: „Verleih und Qualifizierung in verleihfreien Zeiten“

Die Träger dieser Strategien setzen an betrieblich auftretenden Situationen wie z.B. Krankheit, Urlaub von MitarbeiterInnen, Termindruck, Auftragsspitzen und saisonaler Mehrarbeit usw. an. Für die Unternehmen bieten sie die Möglichkeit flexibler Arbeit(skraft), risikoloses Kennenlernen einer/s neuen Mitarbeiter/s/in und minimalen Verwaltungsaufwand. Das Arbeitgeberberrisiko bleibt zunächst beim Verleihbetrieb. Ziel ist die unbefristete Übernahme beim Entleihbetrieb, sogenannter „Klebeffekt“. Im Unterschied zu gewerblicher Leiharbeit handelt es sich hier um einen Arbeitskräftepool beim Verleiher, ohne daß Gewinnorientierung vorliegt.

Zusätzlich findet für die verleihfreien Zeiten Qualifizierungen statt.

Eine davon weiterentwickelte Form stellen „Personalentwicklungsgesellschaften“ dar, bei denen vor Aufnahme der Beschäftigung grundsätzlich ein Abgleich vorhandener und benötigter Qualifizierung stattfindet.

### **Wohnen**

Neben der Begleitung und Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen in den hessischen Brennpunkten lag ein weiterer Schwerpunkt der Referatsarbeit bei der Entwicklung und Beratung des Modellprojektes „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ (s. ausführliche Darstellung auf der nächsten Seite).

Die Erfahrungen aus der Wetterau werden mittlerweile hessenweit von interessierten Institutionen und Gruppen abgefragt. Kommunalverwaltungen, Wohlfahrtsverbände, soziale Arbeitskreise, aber auch Bürgermeisterdienstversammlungen und parlamentarische Ausschüsse wenden sich an die LAG, um den Erkenntnisgewinn aus dem Modellprojekt für Verbesserungen im eigenen Zuständigkeitsbereich zu nutzen. Im Rahmen von Fachtagungen, Seminaren und vielen Einzelveranstaltungen sind in zahlreichen Kommunen bereits einige erfolgversprechende Ansätze auf den Weg gebracht worden, die 1996 weiterverfolgt werden sollen.

Als Highlight ist zu vermelden, daß alle Sanierungsmaßnahmen in den Wiesbadener Brennpunkten mit Abschluß des letzten Bauabschnittes im Mühlthal beendet wurden. Alle Beteiligten haben diesen über 10-jährigen Entwicklungsprozeß positiv beur-

teilt und insbesondere die BewohnerInnen sind mit dem sichtbaren Ergebnis hoch zufrieden. Als neue Sanierungsprojekte sind im Jahr 1995 Wetzlar (Schwalbengraben), Hanau (Friedrich-Engels-Straße) und ein Einzelhaus in Fränkisch-Crumbach durch die Landesförderung hinzugekommen.

In Zusammenarbeit mit der BAG Wohnungslosenhilfe konnten wir die Kontakte zum Bundesbauministerium intensivieren. Mit den öffentlich geförderten Wohnungsunternehmen wurden im Rahmen einer Europatagung unter Mitwirkung der LAG neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit erörtert, um Wohnungsverlust und die Verelendung von ganzen Stadtteilen zu verhindern. Dazu ist anzumerken, daß das LAG-Beratungsprojekt „Mietermitbestimmung bei der Wohnbau Gießen GmbH“ ebenfalls abgeschlossen und ein entsprechender Auswertungsbericht vorgelegt wurde.

Die „AG Wohnen und Mieten“ der LAG kam im laufenden Jahr nicht zusammen. Dies war aber nicht nur ein Zeitproblem, sondern auch durch die geringe Teilnahme im Vorjahr begründet. Dabei hat sich herausgestellt, daß gegenseitige Projektbesuche, insbesondere mit BewohnerInnen, und kollegiale Projektberatung durchaus geeignet sind, den konzeptionellen Erfahrungsaustausch anschaulicher und wirkungsvoller zu gestalten. Allerdings kam dafür die fachpolitische Positionierung auf Landesebene sicherlich etwas zu kurz. Dies müßte, vor allem was die Mietpreisdiskussion angeht, im kommenden Jahr verbessert werden.

## **MODELLPROJEKT „SOZIALE WOHN- UND OBDACHLOSENHILFE IM WETTERAUKREIS“**

Nach nunmehr zwei Jahren ist der Beratungsauftrag der LAG für das Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ beendet; ein geeigneter Zeitpunkt also, um vorläufig Bilanz zu ziehen. Wie wir bereits in der LAG-Zeitung 1/94 berichtet haben, war das Ziel des Modellvorhabens, wirkungsvolle Konzepte und Maßnahmen zu erarbeiten, die zu einer Verbesserung des Hilfesystems und der Wohnungsversorgung für Wohnungsnotfälle im ländlichen Raum beitragen. Denn dort wird die Bearbeitung von Wohnungslosigkeit durch die bestehenden Verwaltungsstrukturen - im Vergleich zu größeren Städten - zusätzlich erschwert. Insbesondere die unterschiedliche Zuständigkeit und Kostenträgerschaft sowie die mangelnde Kooperation bei Maßnahmen zur Wohnungssicherung (Sozialhilferecht/Kreis), zur Wohnraumbeschaffung und zur Akut- bzw. Notversorgung (Ordnungsrecht/Gemeinden) stellen große Hindernisse dar.

Die LAG hat daher zusammen mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung ein Konzept entwickelt, das geeignet erscheint, den besonderen Problemen in Landkreisen erfolgreich zu begegnen.

### **Verbesserung der Wohnungssicherung**

Als erster Schritt wurde die Einrichtung einer Koordinationsstelle bei der Kreisverwaltung empfohlen. Deren Aufgabe ist es, so früh und umfassend wie möglich alle notwendigen Hilfeleistungen zum Wohnungserhalt (z.B. durch Übernahme der Mietschulden nach §15a BSHG) und zur Wohnungsbeschaffung einzuleiten und zu koordinieren. Dabei muß sie zwischen Gemeinden, Städten, Wohnungsunternehmen, Amtsgerichten sowie beteiligten Behörden und Institutionen vermitteln, um Wohnungslosigkeit vorbeugend verhindern zu können. Mittlerweile sind durch die bessere Abstimmung unter den verschiedenen sozialen Diensten und Verwaltungsabteilungen spürbare Erfolge zu verzeichnen. So gelang es der Koordinationstelle zum Beispiel, durch rechtzeitige Hilfe und Beratung sowie intensive Verhandlungen mit Vermietern bei vielen von Wohnungsverlust bedrohten Familien und Einzelpersonen die Wohnung und damit den Verbleib im vertrauten sozialen Umfeld zu sichern. Gleichzeitig konnte durch frühzeitiges Eingreifen verhindert werden, daß den betroffenen Menschen die Probleme über den Kopf wachsen. Aber nicht nur für Betroffene, sondern auch für die Haushaltskasse des Kreises machte sich das neue Vorgehen bemerkbar. In den ersten acht Monaten des Bestehens konnten durch die Arbeit des

Koordinators bereits mehr als 90.000 DM eingespart werden.

### **Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kreis**

Ein weiteres wichtiges Etappenziel war die Gründung einer Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe“, die eine Stützungsfunktion für die Koordinationsstelle einnimmt und der erforderlichen Abstimmung der verschiedenen Interessen von Kreis und Gemeinden dient. Das Besondere an dieser KAG ist, daß sich hier Politiker zusammen mit den Wohnungsunternehmen und den freien Trägern der Wohlfahrtspflege regelmäßig mit Fragen zur Wohnungslosigkeit in der Region auseinandersetzen. Gemeinsam wird anhand von festen Zielvorgaben nach gemeindeübergreifenden Lösungswegen gesucht. Inzwischen ist in dieser Runde die Erkenntnis gewachsen, daß bestimmte Probleme wie u.a. der Erhalt des Sozialwohnungsbestandes, die Verbesserung der Wohnungsaufsicht (Wohnraumzweckentfremdung, Mietpreisüberhöhung) nur gemeinschaftlich gelöst werden können. Erste Frucht ihres Wirkens ist eine genaue und verbindliche Vereinbarung über die Zuständigkeiten bei der Zusammenarbeit von Kreis (Koordinationstelle) und Gemeinden (Wohnhilfebeauftragten) bei der Vermeidung und Überwindung von Obdachlosigkeit (s. Schaubild).

**Gemeinsame Wohnungspolitik im Landkreis**

Vom Erfolg angespornt, ist von der LAG bereits über weitere Verbesserungsmöglichkeiten nachgedacht worden. Langfristig sollen die öffentlich geförderten Wohnungsunternehmen, die sozialen Wohnungsträger sowie die Kommunen mit ihren Liegenschaften zu einem „Regionalen Sozialen Wohnungsversorgungsverbund“ zusammengeführt werden. Vorteil einer solchen Verbundlösung wäre, daß die verschiedenen unternehmerischen Aktivitäten besser miteinander abgestimmt werden könnten. Zum einen könnte die Gruppe der am Wohnungsmarkt benachteiligten Menschen leichter versorgt werden und zum anderen würde sich die Zielgenauigkeit des öffentlichen Mitteleinsatzes erheblich verbessern.

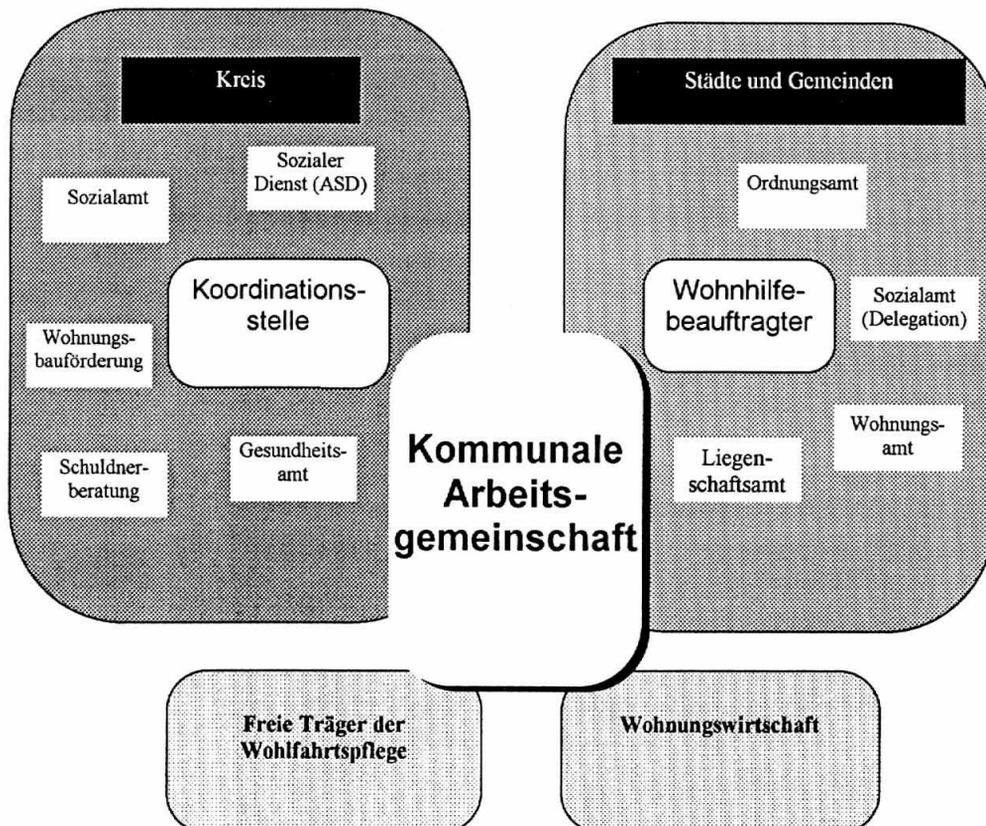
**Übertragung der Erfahrungen auf andere Landkreise**

Mit der Projektförderung durch das Land Hessen ist auch die Hoffnung verbunden, die im Wetteraukreis erworbenen Erkennt-

nisse und Erfahrungen für andere Landkreise zugänglich und nutzbar zu machen. Daher wurde von der LAG ein Bericht erstellt, der interessierten Personen aus Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft oder sozialen Verbänden Hinweise für die Umsetzung koordinierter sozialer Wohnungspolitik im eigenen Zuständigkeitsbereich geben soll. Dieses „Kochbuch“, das unter wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Gerd Iben (Universität Frankfurt) entstand, geht nochmals auf die besonderen Problemstellungen im ländlichen Raum ein, stellt das Konzept und seine mögliche Umsetzungsstrategie vor und spricht Empfehlungen für die beteiligten Akteure aus. Die Erstauflage dieser 60-seitigen Broschüre ist in der LAG-Geschäftsstelle erhältlich.

Bei Interesse stellen wir die Ergebnisse auch gerne persönlich in den verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien in den einzelnen Landkreisen vor

Christoph Kummer/Reinhard Thies



**ÄNDERUNGEN ZUM KINDERGELD AB DEM 01.01.1996**

**Höhe des Kindergeldes**

- 200 DM im Monat für das 1. und 2. Kind (ab 1997 220 DM)
- 300 DM im Monat für das 3. Kind (keine Erhöhung ab 1997)
- 350 DM im Monat für alle weiteren Kinder (keine Erhöhung 1997)

**Sonstige Änderungen**

- Das Kindergeld ist nicht mehr abhängig vom Einkommen der Eltern.
- Ab 1996 gibt es nur noch Kindergeld oder Kinderfreibetrag. Nach ersten Schätzungen erhalten 95 % aller Familien Kindergeld, für 5 % kommt der Freibetrag in Frage. Erst am Jahresende prüft das Finanzamt, ob sich jemand mit dem Freibetrag besserstellt (trifft nur bei sehr hohem Einkommen zu).
- Der Kindergeldzuschlag fällt weg.
- Für Kinder bis 18 Jahre (bisher 16) wird Kindergeld ausgezahlt, egal ob sie noch zur Schule gehen, eine Ausbildung absolvieren oder andere Einkommensquellen vorhanden sind.
- Für Kinder über 18 Jahre (bis höchstens 27) gibt es Einkommensgrenzen. Mehr als 12.000 DM im Jahr während der Ausbildung und als „Job“ neben dem Studium dürfen nicht verdient werden.
- Die Eltern Zivil- und Wehrdienstleistender sind weiterhin vom Anspruch auf Kindergeld ausgeschlossen. Verlängert sich jedoch die Ausbildungszeit über das 27. Lebensjahr hinaus, weil Zivil- oder Wehrdienst geleistet wurde, wird der Anspruch um diese Zeit erweitert.

**Auszahlung**

In der Regel wird das Kindergeld in Zukunft von den Arbeitgeber/innen mit der monatlichen Lohnsteuerschuld verrechnet. Die Steuer wird monatlich um das Kindergeld gekürzt. Firmen mit weniger als 50 Beschäftigten können auf Antrag von der Kindergeldverrechnung befreit werden.

Wer kein Erwerbseinkommen hat, sondern Sozialleistungen bezieht (z.B. Sozialhilfe), erhält das Kindergeld von den „Familienkassen“, wie die Kindergeldstellen dann heißen werden. Zuständig ist künftig das Bundesamt für Finanzen, nicht mehr das Arbeitsamt.

**Weiterhin Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe**

SozialhilfebezieherInnen haben wegen der vollen Anrechnung keine Vorteile durch die Erhöhung des Kindergeldes. Es kann sogar sein, daß es zu Nachteilen kommt. Zum Beispiel wenn jemand aufgrund des höheren Kindergeldes keinen laufenden Sozialhilfebedarf mehr hat und dadurch auch nicht mehr automatisch Bekleidungspauschalen erhält.

Es ist auf jeden Fall zu empfehlen, die Auswirkungen genau zu beobachten und sich beraten zu lassen, wenn es zu Nachteilen kommt. Ein Info-Blatt kann in der LAG angefordert werden.

**An Erfahrungen mit der neuen Kindergeldregelung sind wir sehr interessiert. Bitte teilt sie uns mit!**

Jürgen Maier

Broschüre zum Kindergeld: „Was haben Alleinerziehende davon?“- Kindergeld und Steuern 1996, Hg. Verband alleinstehender Mütter und Väter, von Groote-Platz-20, 53173 Bonn, Tel. 0228-352995

Vor einiger Zeit ereilte Claudia Ries während der Frauentagung eine Schreckensnachricht. Ihre Wohnung war ausgebrannt. Spontan sammelten die Teilnehmerinnen der Tagung Geld als Grundstock für die nötigsten Anschaffungen. Claudia hat einen Brief an die Redaktion geschrieben, in dem sie sich noch einmal ganz herzlich für die Unterstützung bedankt.

Wir wünschen an dieser Stelle nochmals alles Gute im neuen Heim!

*Liebe Ellen,*

*für Deinen weiteren beruflichen  
und privaten Lebensweg alles Liebe  
und Gute!*

*Deine (Ex-)Kolleginnen  
und Kollegen*

*Und hier Raum  
für ein Bild unse-  
rer netten Telefon-  
stimme!  
(Bild bitte selber machen!)*

Lieber Bernhard,

für Deine fürsorgliche Arbeit im Vorstand der LAG  
- auch als Arbeitgeber - an dieser Stelle einen herzlichen  
Dank! Für Deine Zukunft wünschen wir Dir alles Gute!

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der LAG-Geschäftsstelle

P.S. Als altem Freund und Autor der LAG-Zeitung sei Dir  
versichert: Deine Beiträge sind auch weiterhin sehr  
willkommen! Die Redaktion

